

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Beim Gedanken an das was zurzeit abgeht um Europa oder soll man gleich – um den Euro – sagen, fällt einem der Zauberlehrling ein. Nur hat Goethe einen alten Hexenmeister vorgesehen, der das Chaos, das die gerufenen Geister anzurichten drohten, verhinderte. Die Rolle einer „Hexenmeisterin“ steht Frau Merkel nicht.

Dass wir nach dem ungeheuren Schaden, den wir mit dem 2. Weltkrieg angerichtet haben, 1953 beim Londoner Schuldenabkommen mit einem „allgemeinen“ Schuldenerlass davonkamen, weiß anscheinend niemand mehr. So kommt es wohl, dass ausgerechnet in dem Land, das wie kein anderes Mitgliedsland der EU von der Einführung des Euro profitiert hat, der Widerstand gegen eine gemeinschaftliche Haftung für die Schulden einzelner Mitglieder so groß wurde.

Die Wettbewerbsunfähigkeit einiger unserer Nachbarn macht sie auf Dauer unfähig, jemals von den Schulden herunter zu kommen. In

einem Armenhaus können wir auf Dauer unseren Standard auch nicht halten. Wenn

Deutschland dann auch noch abstürzt, gute Nacht Europa.

Gerade jetzt sollten die europäischen Länder sich erwachsen zeigen und endlich zu einer gemeinsamen Politik finden. Sowohl das Fehlen einer politischen als auch einer fiskalischen Union ist Europas größter Mangel.

Wer sich die Mühe macht wo die aufstrebenden Wirtschaftsmächte liegen, stellt schnell fest, dass bald nicht mehr der atlantische sondern der pazifische Raum wirtschaftlicher Mittelpunkt der Erde sein könnte. Nur ein starkes Europa könnte verhindern, dass zur politischen und wirtschaftlichen Randzone verkommt.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- „Merkels Bilanz des Krisenmanagements ist verheerend“ - Nein zum Fiskalpakt!	2- 4
- Einladung: Bürgerforum Friedrichshafen	4
- Europa: "Europa zeigt Bundesregierung gelbe Karte" - "Europäischer Binnenmarkt muss sozialer werden" - "Die richtige Mischung aus Sparen und Investitionen macht's"	5- 7
- BW: Mietertag Baden-Württemberg 2012	7
- Europaminister Peter Friedrich stellt die Neukonzeption des 'Dynamischen Europapools' vor – Verwaltungseinsätze künftig auch bei internationalen Organisationen	8
- SPD-Bodenseekreis: Brief an die IG-Metall Friedrichshafen-Oberschwaben	9
- Ministerin Katrin Altpeter beantwortet Fragen des OV Oberteuringen	9-11
- Gegen Homophobie im Fußball	11
- SPD Tettngang zur Familienpolitik	11-12
- Endlich, Landesregierung priorisiert Bundesfernstraßenprojekte	12-13
- Grün-Rot gratuliert Kollegium der Sommertalschule - Seltenes Lob von der Presse – Bravo, SPD - SPD sieht Bürger zu oft ausgesperrt	14-15
- Adnan Sabah bewirbt sich um die SPD-Kandidatur im Bundestagswahlkreis 293	16
- Zwei Anträge der Kreistagsfraktion	
- Wie wollen wir in Zukunft pflegen?	16-17
- Termine Bodenseekreis und SBI	17
- SBI: Der bayrische SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold zur „Bodensee-Internationale“ - Prix-Wasserfrau: Jury will Eva Büchi würdigen	18-19
- "Verletzten Beförderungstarife für Schwerbehinderte und Begleitpersonen auf dem Bodensee das Völkerrecht?"	19-20
- SP Kanton SG: Neue Mehrheiten verhindern weiteres Sparpaket - Steuersenkungen, Steuerwettbewerb, Sparpaket!	20-22
- SP St.Gallen gratuliert Niklaus Oberholzer zur Wahl als Bundesrichter - Erfolg für die SP – Absage an die bürgerliche Sparwut	22-23
- Lohnreduktion beim Staatspersonal wird verheerende Folgen haben	23
- SP Kanton Thurgau: Offener Brief	23
- SPÖ Vorarlberg: Nein zu Fracking am See	24
- SPÖ möchte Zwangsarbeiter-Vergangenheit weiter aufarbeiten – falscher Weg in der Schlaganfallversorgung - SPÖ ortet weiteren Verbesserungsbedarf bei Kindertageseinrichtungen	24- 25
- SPD Kreis BC und Martin Gerster: Martin Gerster springt kurzfristig im Kanzleramt ein – Klares Votum für Martin Gerster	25-26
- SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz:	
- B33: Gute wie schlechte Nachricht	26
- Ulm und Hilde Mattheis: Verbleib ehemaliger Schlecker-Mitarbeiterinnen klären!	
- Zerschlagung von Schlecker ist Katastrophe für Beschäftigte - Betriebsbedingte Kündigungen bei Iveco vermeiden - Termine	27-28
- Einladung Heimenkirch	29
- Impressum	30

„Merkels Bilanz des Krisenmanagements ist verheerend“

Steigende Schulden, steigende Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen und nun auch erste negative Auswirkungen in der deutschen Wirtschaft, das sei die Bilanz der letzten drei Jahre der Europapolitik von Angela Merkel. „Die Krise hat sich also in Europa in den letzten drei Jahren unter Ihrer Führung massiv vergrößert“, stellte Gabriel fest. Er forderte die Bundeskanzlerin auf, die Verantwortung für diese „verheerende Bilanz“ ihres Krisenmanagements in Europa zu übernehmen.

Die SPD werde dem [Rettungsschirm ESM](#) und dem [europäischen Fiskalpakt](#) als „Notoperationen“ zustimmen. „Nicht, weil wir uns freuen, Recht behalten zu haben. Schon gar nicht, um Ihnen aus der Patsche zu helfen“, so der SPD-Vorsitzende mit Blick auf die Bundeskanzlerin.

Gabriel betonte, die SPD stimme zu, damit die Spekulationen an den Finanzmärkten nicht immer mehr europäische Mitgliedsstaaten erfassen und am Ende Europa am wirtschaftlichen und sozialen Ruin steht. Die SPD stimme zu, weil ohne europäische Solidarität am Ende auch die europäischen Demokratien gefährdet werden. „Und wenn ich mir Ihr europapolitisches Verhalten, Frau Bundeskanzlerin, während der letzten Landtagswahlen anschau, dann sage ich auch: Wir stimmen zu, weil uns Europa wichtiger ist, als die parteipolitische Profilierung.“ Auf diesen Unterschied zur Bundeskanzlerin, legten die Sozialdemokraten Wert.

Zugleich stellte der SPD-Vorsitzende klar, für seine Partei seien die Beschlüsse des Bundestages notwendig – langfristig aber nicht ausreichend.

„Wir müssen in Europa investieren - auch wenn der Weg lang und teuer wird“

Gabriel warnte vor einem Scheitern, welches die europäische Einigung um Jahrzehnte zurück werfen würde. Eine lange Rezession mit millionenfacher Arbeitslosigkeit wäre sicher unvermeidbar. „Noch unsere Enkelkinder würden uns für unser Versagen verfluchen. Das ist der Grund, warum wir Sozialdemokraten keine Verweigerungs- oder Blockadepolitik betreiben.“

Ziel einer politischen Union müsse die gemeinsame Interessenvertretung der Europäerinnen und Europäer in der Welt sein, aber auch vergleichbare und angenäherte Lebensbedingungen und eine Eindämmung des „ungeheuer gefährlichen Finanzkapitalismus“ auf diesem Kontinent.

„Europa braucht neue demokratische Strukturen“

Leidenschaftlich plädierte der SPD-Vorsitzende für eine „echte politische Union“ mit neuen demokratischen Strukturen. Dazu müssten auch nationale Souveränitätsrechte an die europäische Ebene übertragen werden. Gabriel: „Und am Ende steht sicher auch eine Volksabstimmung über unsere Verfassung selbst.“

Kein demokratischer Politiker sollte Angst vor Volksabstimmungen haben. Diese könnten natürlich auch einmal Integrationsschritte an- und auch aufhalten. Am Ende sei aber nichts gefährlicher als Europa nur zu einem Elitenprojekt zu machen, bei dem sich die Menschen ausgeschlossen fühlten.

Die Sozialdemokraten seien bereit, für ein Europa als politische und soziale Union einzutreten, in dem die Menschen und die Interessen der Europäer im Mittelpunkt stehen. „Das sind wir Europa als einzigartigem Kontinent von Aufklärung, Fortschritt und Emanzipation schuldig. Das ist der Weg, den wir gehen wollen“, sagte Gabriel.

Koalition verfehlt Kanzlermehrheit

Nach der Debatte verabschiedete der Bundestag am Freitagabend den dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM und den europäischen Fiskalpakt mit einer Zweidrittel-Mehrheit. Mit einigen Ausnahmen stimmten sowohl die Koalitionsfraktionen von Union und FDP wie auch die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen für den Rettungsschirm und den Fiskalpakt. Die Linksfraktion stimmte dagegen.

Die Abgeordneten der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP verweigerten bei der Abstimmung zum ESM der Bundeskanzlerin allerdings die sogenannte Kanzlermehrheit von 311 Stimmen.

Am späten Freitagabend billigte schließlich auch der Bundesrat beide Gesetze mit Zweidrittel-Mehrheit.

Berlin,

29. Juni 2012, [Jochen Wiemken](#)

SPD-Abgeordnete erklären:

Nein zum Fiskalpakt!

Standpunkte

Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion stimme ich heute gegen den Fiskalpakt. In einer Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Bundestages geben wir gemeinsam zu Protokoll:

Wir lehnen den Fiskalpakt ab, weil er politisch falsch, ökonomisch unsinnig und sozial ungerecht ist - und weil er zur Lösung der Eurokrise nicht taugt. Wir nehmen die eindringlichen Warnungen vieler Ökonomen und führender Gewerkschafter, die sich besorgt an uns Bundestagsabgeordnete gewandt haben, ebenso ernst wie diesbezügliche Schreiben von Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb stimmen wir beim Fiskalpakt mit NEIN.

Der Fiskalpakt verschärft deutlich die schon im Grundgesetz verankerte "Schuldenbremse" und ist deswegen ein problematischer Eingriff in die Haushaltsautonomie von Bund und Ländern. Er bedeutet einen weiteren Schritt der Entdemokratisierung Europas: mehr Macht für die EU-Bürokratie ohne parlamentarische Gegenkontrolle. Wir plädieren ausdrücklich für ein Europa der Solidarität und für vertiefte Zusammenarbeit - die demokratisch und parlamentarisch legitimiert sein muss.

Mit dem Fiskalpakt wird der Zwang zu Ausgabenkürzungen in fast ganz Europa regelrecht institutionalisiert, die Frage gerechter organisierter Steuereinnahmen bleibt völlig ausgeklammert. Auch wir treten dafür ein, dass öffentliche Haushalte konsolidiert und zu hohe Staatsschuldenquoten wieder zurückgeführt werden. Ohne Wachstum geht das aber nicht. Der Fiskalpakt jedoch ignoriert den engen Zusammenhang von Staatsfinanzen und Konjunktur. Wenn die Wirtschaft schrumpft und der Staat auch noch drastisch kürzt, dann beschleunigt sich die wirtschaftliche Talfahrt. Unsere feste Überzeugung ist: prozyklische Haushaltspolitik und anhaltende Ausgabensenkungen führen Europa geradewegs in eine lange Phase von Stagnation und Rezession. Der Fiskalpakt ist eine Wachstumsbremse! Entgegen den Erwartungen der Verfechter des Fiskalpakts wird die Staatsverschuldung nicht sinken! Kurzum: Schuldenabbau geht nur anders: mit Wachs-

tum, Investitionen, guter Arbeit und gerechten Steuern.

Stattdessen wird mit dem Fiskalpakt ein Weg des Sozialabbaus, der Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen, schlechterer Infrastruktur, darbender Kommunalfinanzen, zunehmender Armut und Ungleichheit vorgezeichnet. Und das als Kernstück europäischer Politik! Unsere Vorstellung von Europa ist eine andere.

Die Krise im Euroraum spitzt sich gefährlich zu. Ersichtlich ist die Merkelsche Politik gescheitert. Ihre seit mehr als zwei Jahren verordnete Therapie macht den Patienten nicht gesund, sondern kränker. Ganz Südeuropa stürzt immer mehr in den wirtschaftlichen und sozialen Ruin. Als Folge davon brechen jetzt deutsche Exporte ein, auch für Deutschland kommen die Einschnitte näher.

Falsche Diagnosen haben zu schädlichen Rezepten geführt. Nicht laxer Haushaltspolitik hat uns in die Krise getrieben; vor der Finanzkrise sind überall in Europa die Staatsschuldenquoten gesunken. Erst infolge der Finanzkrise und der notwendigen Rettungsmaßnahmen der Staaten gingen die Defizite in die Höhe. Dass die Anleger Staatsanleihen nicht mehr trauen, liegt nicht an unsolider Haushaltspolitik, sondern daran, dass die gemeinsame Garantie der Staatsanleihen - zusammen mit der Zentralbank, wie das in allen Ländern der Fall ist (!) - ausdrücklich politisch verweigert wird. Das muss sich dringend ändern und das fordern wir!

Die Währungsunion braucht eine Wachstumsperspektive. Das wird zunehmend erkannt. Doch Wachstumsplacebos, die mit künstlich aufgeblähten Zahlen kommuniziert werden, überzeugen uns nicht. Wer Wachstum will, muss die völlig überzogenen und deswegen kontraproduktiven Konsolidierungsprogramme für die Südeuropäer zeitlich strecken, damit die Ökonomien dort wieder atmen können. Und wer Wachstum will, muss - gerade weil auch Deutschland mit Niedriglohnpolitik zu erheblichen Ungleichgewichten in der Währungsunion beigetragen hat - in Deutschland dafür sorgen, dass es ordentliche Löhne und mehr Binnennachfrage gibt. Genau dafür treten wir ein.

29.06.2012 Klaus Barthel, MdB, Werner Schieder, MdB, Ottmar Schreiner, MdB, Gabriele Hiller-Ohm, MdB, Daniela Kolbe, MdB, **Hilde Mattheis, MdB** Rüdiger Veit, MdB

Einladung:

Bürgerforum Friedrichshafen

Dienstag, 17. Juli

19:30 Uhr

Friedrichshafen, Zeppelin-Museum
Eingangshalle
Seestraße 22

Europa die Meinung sagen

Diskussion mit:

Peter Friedrich

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten

Ulrich Müller

MdB B-W

Dr. Henning Arp

Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München

Begrüßung:

Dr.-Ing. Stefan Köhler

Erster Bürgermeister der Stadt Friedrichshafen

Moderation:

Dr. Hendrik Groth

Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung

Was erwarte ich mir von Europa?

Wie betrifft mich Europa vor Ort?

Wie stabil ist der Euro?

Müssen wir die Schulden anderer Länder zahlen?

Europa die Meinung sagen!

ist eine gemeinsame Veranstaltung der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München und des Staatsministeriums Baden-Württemberg

Europa sind wir – auch hier in Friedrichshafen!

Über:

Krauch, Elisa (StM) B-W



Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Europa zeigt Bundesregierung gelbe Karte"

Einführung von Betreuungsgeld, Versäumnisse bei Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und Förderung von Zweitverdienern/ Kritik von Europäischer Kommission an Nationalem Reformprogramm

"Die Maßnahmen der Bundesregierung für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehen am Bedarf vorbei. Dass hier einiges nachgebessert werden muss, bekommt die Bundesregierung jetzt auch Schwarz auf Weiß aus Europa bestätigt", betonte der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**. Zu einem entsprechenden Urteil kommt die Europäische Kommission bei der Bewertung des von Deutschland im Rahmen des Europäischen Semesters eingereichten nationalen Reformprogramms 2012.

Die Europäische Kommission bemängelt, dass die Zahl der Kinderbetreuungsplätze in Deutschland zu langsam steigt und in dem deutschen Reformprogramm keinerlei Auskunft über die Fortschritte in diesem Bereich enthalten sind. Aber nicht nur der mangelnde Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztageschulen lässt laut der Europäischen Kommission zu wünschen übrig. Kritisch sieht sie weiterhin die geplante Einführung eines Betreuungsgeldes und die unverändert fehlenden

steuerlichen Anreize für Zweitverdiener, wie beispielsweise das Ehegattensplitting.

"Beides verringert den Anstoß für Zweitverdiener, in der Regel Frauen, eine Beschäftigung aufzunehmen und steht damit im Gegensatz zu den Empfehlungen der EU und dem Ziel Beruf und Familie bestmöglich zu vereinbaren" unterstrich das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

"Die Botschaft aus Europa ist eindeutig: Sowohl die bisherigen als auch die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung sind entweder unzureichend oder sie gehen in die falsche Richtung", so **Peter SIMON** abschließend.

Hintergrund zum Thema:

Im Zuge der neuen Arbeitsmethode 'Europäisches Semester' koordinieren die Mitgliedstaaten ihre nationale Haushaltspolitik und erörtern wichtige Prioritäten auf EU-Ebene gemeinsam, bevor Beschlüsse auf nationaler Ebene gefasst werden. Bis Ende April legen die Mitgliedstaaten u. a. Stabilitätsprogramme und nationale Reformprogramme vor, in denen sie darstellen, wie sie die europäischen Ziele bezüglich Haushalt, Wachstum und Beschäftigung in ihrer nationalen Politik umsetzen wollen. Die Kommission gibt daraufhin länderspezifische Empfehlungen ab, die dann von den Mitgliedstaaten im Rat angenommen werden müssen. Die Bewertung der eingereichten Reformpläne durch die Kommission ist Thema der akuten Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg. Die Empfehlungen und Arbeitspapiere der EU-Kommission zum Thema im Volltext:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2012_germany_de.pdf

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2012_germany_de.pdf

Straßburg, 13.06.2012 *Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP*

Evelyne Gebhardt:

"Europäischer Binnenmarkt muss sozialer werden"

Mit der Entschließung zur Binnenmarktakte hat das Europäische Parlament am Donnerstag in Straßburg seine Forderungen an die Europäische Kommission zum zweiten Teil der Binnenmarktakte konkretisiert.

"Der europäische Binnenmarkt kann ausschlaggebend für eine erfolgreiche Wachstumsstrategie für die Europäische Union sein. Das Hauptaugenmerk muss dabei auf einen gesamtheitlichen Ansatz gelegt werden. Nur mit einer sozialen Marktwirtschaft – mit Betonung auf sozial – mit fairen Arbeitsbedingungen und einer qualitätsvollen Daseinsvorsorge kann der Binnenmarkt sein wirkliches Potenzial entfalten. Auch die von den Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen immer wieder geforderte Sozialklausel muss endlich in alle Regelungen, die den Binnenmarkt betreffen Eingang finden", betonte die SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt**.

"Der Binnenmarkt hat seit seiner Gründung vor 20 Jahren viele positive Aspekte hervorgebracht, wie den freien Waren- und Personenverkehr. Diese müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch als europäische Errungenschaften vermittelt werden", erklärte **Evelyne Gebhardt**.

"Die Entschließung macht deutlich, wie groß das Potenzial des europäischen Binnenmarktes ist. Er kann tatsächlich einen wichtigen Beitrag für einen Wachstumspakt bedeuten. Es ist allerdings keine Zeit mehr zum Reden schwingen", forderte die Sprecherin für die sozialdemokratische Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz **Evelyne Gebhardt**.

Hintergrund:

Zur Neubelebung des Binnenmarktes hat die Europäische Kommission zwölf Hebel für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Fortschritt im April 2011 vorgelegt. In Planung sind weitere zwölf legislative und nicht-legislative Maßnahmen, die die Kommission im Oktober dieses Jahres vorlegen

will. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament verweisen hierbei vor allem auf die Berücksichtigung der sozialen Dimension, die bisher nicht genügend beachtet wurde.

Straßburg, 14. 06. 2012 Für weitere Informationen: Abgeordnetenbüro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Die richtige Mischung aus Sparen und Investitionen macht's"

Europaparlament für mehr Haushaltsüberwachung und Richtungswechsel im Kampf gegen die Krise

Die EU-Kommission erhält mehr Rechte für eine stärkere Überwachung und bessere Koordination der Haushalts- und Fiskalpolitik in den Euro-Mitgliedstaaten. Das hat das Europäische Parlament mit der Annahme des sogenannten 'Two-Pack' entschieden. "Wir haben aber auch klar zum Ausdruck gebracht, dass verantwortungsvolle Haushaltsführung mehr umfasst als bloße Spardiktate. Investitionen in Wachstum und Beschäftigung gehören ebenso dazu. Sonst kommt Europa aus der Abwärts Spirale nicht mehr heraus, wie aktuell das Beispiel Italien zeigt. Die Staats- und Regierungschefs können doch nicht weiter tatenlos zusehen, wie Europa den Bach runtergeht", unterstreicht der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON**.

Der sozialdemokratischen Fraktion ist es im Laufe der Verhandlungen gelungen, entscheidende Verbesserungen durchzusetzen, damit das Gesetzespaket nicht nur zu einseitig auf Sparmaßnahmen ausgerichtet ist. So soll die Europäische Kommission z. B. über zehn Jahre hinweg ein Prozent des europäischen Bruttoinlandsproduktes zur Bekämpfung der Krise einsetzen. "Es ist an der Zeit, der Krise endlich auch aktiv gegenzusteuern. Die bisherigen Maßnahmen haben sich schlichtweg als unzureichend herausgestellt und ein Weiter so wird die Lage nur noch mehr und unnötigerweise verschärfen", betont **Peter SIMON**.

Zudem fordert das Europäische Parlament die EU-Kommission auf, einen Fahrplan für die Einführung von 'Stabilitätsbonds' im Euro-Raum vorzulegen und die Einrichtung eines EU-Schuldentilgungsfonds vorzubereiten. Letzterer würde die gemeinsame Haftung für

nationale Schuldenbeträge jenseits von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bedeuten. "Damit es klar ist: Der Schuldentilgungsfonds ist kein bedingungsloser Eintritt in eine EU-Haftungsgemeinschaft", erklärt **Peter SIMON**. "Jeder Mitgliedstaat steht weiterhin für den Großteil seiner nationalen Schulden gerade. Der Schuldentilgungsfonds gibt berschuldeten Mitgliedstaaten aber Luft zum Atmen und eine Perspektive", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses weiter.

"Die Abstimmung und die Nachbesserungen, die wir durchsetzen konnten, sind auch ein Erfolg für die deutsche Sozialdemokratie. Unsere Botschaft war und ist klar: Weder in Brüssel noch in Berlin wird die SPD den Steigbügelhalter für einseitige, konservative Sparpolitik spielen. Zumindest im Europäischen Parlament ist der von Sozialdemokraten seit langem eingeforderte Paradigmenwechsel im Kampf gegen die Krise deshalb jetzt endlich fraktionsübergreifend in vollem Gange. Nun sind die Staats- und Regierungschefs ihrerseits am Zug", so **Peter SIMON** abschließend.

Straßburg, 14.06.2012 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

[Landespolitik:](#)

Mietertag Baden-Württemberg 2012:

Landesregierung will Interessen der Mieterinnen und Mieter verstärkt ins Zentrum der Politik rücken

Bundesrats- und Europaminister Peter Friedrich:

Verdoppelung der Fördermittel für den Mietwohnungsbau; Energetische Gebäudesanierung wird vorangetrieben

„Mit der Verdoppelung der Fördermittel für den Mietwohnungsbau hat die neue Landesregierung einen sichtbaren Kurswechsel vollzogen“, sagte der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, **Peter Friedrich**, auf dem Mietertag Baden-Württem-

berg am 23. Juni 2012 in Konstanz. Der Minister nannte die Wohnraumpolitik der Landesregierung „einen Paradigmenwechsel“. Man fördere den Mietwohnungsbau mit 36 Millionen Euro doppelt so stark wie die Vorgängerregierung (17,45 Mio. Euro). „Gut 47 Prozent aller Wohnungen in Baden-Württemberg sind Mietwohnungen, aus diesem Grund gehört der Mieterschutz in das Zentrum der Politik. Bei der Wohnungspolitik müssen wirtschaftliche und soziale Aspekte verbunden werden, um eine nachhaltige Siedlungsentwicklung zu erreichen. Nur so können wir den steigenden Mietpreisen und drohender Wohnungsnot begegnen.“

Als wichtigen Faktor beim nachhaltigen Wohnungsbau nannte Friedrich die energetische Gebäudesanierung. Experten zufolge könne eine umfassende Sanierung den Energieverbrauch um bis zu 80 Prozent senken. Das Land stelle im Rahmen des Landeswohnraum-Förderungsgesetzes 2012 für die energetische Sanierung in Wohngebäuden 15 Millionen Euro zur Verfügung. „Bei neu zu errichtenden Wohnungen verlangen wir gar eine einen Primärenergiebedarf, der 30 Prozent unter den gesetzlichen Anforderungen liegt. Energetische Nachhaltigkeit ist ein Kernziel unserer Wohnungsbaupolitik“, sagte Friedrich. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, dass die Bundesregierung sich beim Gesetz zur energetischen Gebäudesanierung endlich ausreichend bewege. „Ein Kompromiss zu einer sozial und finanziell verträglichen Lösung ist zum Greifen nah, wenn die Bundesregierung die Steuerausfälle ausreichend ausgleicht.“

Minister Friedrich äußerte sich auch zum Verkauf von landeseigenen Wohnungen. Hierbei sei der überwiegende Teil der Wohnungen bereits in den 60er und 70er Jahren zu Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Heute besitze das Land noch rund 1350 Wohnungen. Bei der Veräußerung des Wohnungsbestands der LBBW Immobilien GmbH sei es nicht um ein Verkaufsverfahren des Landes, sondern der LBBW selbst gegangen. „Dass es den Vertreter des Landes im LBBW-Aufsichtsrat in einem EU-Verkaufsverfahren gelungen ist, die Interessen der Mieter durch eine Sozialcharta abzusichern, ist ein Erfolg für eine soziale Wohnungspolitik.“, so **Friedrich**.

24. Juni 2012 über **Roman Götzmann:**
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG B-W

Europaminister Peter Friedrich stellt die Neukonzeption des 'Dynamischen Europapools' vor – Verwaltungseinsätze künftig auch bei internationalen Organisationen

Minister Friedrich:

Mit der Neuausrichtung schaffen wir die Grundlage für die Erhöhung des Anteils von Führungskräften aus dem Land in internationalen Organisationen und stärken gleichzeitig die Europafähigkeit unserer Landesbediensteten

„Wie bereits im Koalitionsvertrag formuliert, wollen wir die Europafähigkeit unserer Landesbediensteten stärken. Deshalb haben wir eine grundlegende Neuausrichtung des bestehenden 'Dynamischen Europapools Baden-Württemberg' vorgenommen. Wir stellen damit eine wichtige Weiche für eine europaorientierte Personalförderung des Landes. Die personelle Präsenz von Landesbediensteten in Europa und in der Welt können wir dadurch erkennbar und qualitativ steigern“, so Europaminister **Peter Friedrich** am Montag (25. Juni 2012) in Stuttgart.

Beim Jahrestreffen des 'Dynamischen Europapools Baden-Württemberg' stellte Friedrich die Neukonzeption des Programms vor. Einsätze sollen künftig unter anderem auch im Bereich von internationalen Organisationen wie der OECD oder der UNESCO, der Entwicklungszusammenarbeit und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit möglich sein. „Dem 'Dynamischen Europapool' eine neue Struktur zu geben, war unumgänglich“, erklärte Minister Friedrich. „Denn durch die wachsende Bedeutung der EU und des europäischen Integrationsprozesses sind auch die Anforderungen an den 'Dynamischen Europapool' gewachsen.“ Mit der Gründung vor mehr als zehn Jahren habe Baden-Württemberg seinen Anspruch gezeigt, als ernsthafter europäischer Akteur wahrgenommen zu werden. So konnte in der letzten Dekade eine beachtliche Personaleinsatzreserve auf die Beine gestellt werden. „Jetzt war es aber an der Zeit, den Pool wiederzuentwickeln“, unterstrich der Europaminister. „Die Neuausrichtung trägt dem großen

Interesse der Landesbediensteten an einer Pool-Mitgliedschaft Rechnung. Außerdem haben wir die Möglichkeit gesehen, aus dem 'Dynamischen Europapool' ein zeitgemäßes Instrument für eine moderne und europaorientierte Personalentwicklung zu machen.“

Die Neukonzeption besteht im Wesentlichen aus folgenden Elementen:

- Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Pool-Mitglieder auf internationale Organisationen
- Einführung eines Vier-Phasen-Modells für die Personalentwicklung
- Förderung des persönlichen Engagements der Pool-Mitglieder
- Schaffung einer Datenbank
- Optimierung des Assessment Centers als Grundlage für die Evaluierung und gezielte Förderung der Pool-Mitglieder.

Der Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung am 19. Juni 2012 dem neuen Konzept zugestimmt, es wird nun in den nächsten Wochen und Monaten sukzessive umgesetzt.

Der 'Dynamische Europapool Baden-Württemberg':

Um die personelle Präsenz des Landes auf europäischer Ebene zu erhöhen, wurde Ende 2000 der 'Dynamische Europapool Baden-Württemberg' als sogenannte Personaleinsatzreserve geschaffen. Aus diesem mittlerweile 320 Mitglieder zählenden Pool werden Fachleute in die Landesvertretung nach Brüssel oder in europäische Institutionen entsandt. Mitglieder des Pools sind in der Regel Bedienstete des Landes mit der Bereitschaft, entweder in Brüssel tätig zu sein oder hier im Land als Europa-Multiplikatoren zu fungieren. Sie werden durch eine duale Schulung mit Grundlagenseminaren und Hospitationen vor Ort, auch in den Europaeinheiten der Bundes- oder Landesverwaltung, auf ihre Aufgaben vorbereitet. Sprachkurse in Englisch und Französisch und ggf. anderen EU-Amtssprachen vervollständigen die Qualifizierung.

25. Juni 2012 **über Roman Götzmann:**
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG B-W

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



SPD-Kreisverband Bodenseekreis

31. Mai 2012

Adnan Sabah
Helltor Str. 13
88662 Überlingen

An die
IG-Metall Friedrichshafen-Oberschwaben
Herrn Enzo Savarino
Riedleparkstraße 13
88045 Friedrichshafen

Lieber Kollege,

in meiner Funktion als Kreisvorsitzender der SPD im Bodenseekreis möchte ich Dir herzlich gratulieren zu Deiner Wahl zum neuen 1. Bevollmächtigten der IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben und im Bezirk Singen und Dir viel Erfolg in Deinem neuen Amt im Interesse der Beschäftigten in den Industriebetrieben wünschen. Zugleich dankt die Kreis-SPD der bisherigen 1. Bevollmächtigten Lilo Rademacher für ihr Engagement in den vergangenen Jahren, das bei den Warnstreiks vor einigen Wochen große Beachtung gefunden hat, bei den Kolleginnen und Kollegen, aber auch in den Medien.

Mit Interesse hat die Kreis-SPD die Ergebnisse bei den jüngsten Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektrobranche zur Kenntnis genommen. Für die Facharbeiter/innen, für die Auszubildenden, aber auch für die Leih- und Zeitarbeiter/innen ist durch eure Tarifkommission viel erreicht worden, gerade um schlimme Formen prekärer Beschäftigung einzudämmen.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist gerade dabei, eines ihrer Versprechen vor der Landtagswahl im März letzten Jahres umzusetzen: das auch von den Gewerkschaften geforderte Tarifneugesetz. Im September 2012 tagt in Wiesloch der SPD-Landesparteitag zum Thema: Gute Wirtschaft, gute Arbeit, soziale Standards in Baden-

Württemberg. Wir werden euch dann über die Beratungsergebnisse im Einzelnen berichten.

Mit solidarischen Grüßen

Adnan Sabah

SPD-Kreisvorsitzender

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORD-
NUNG, FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

DIE MINISTERIN

Datum 04 JUNI 2012

Herrn
Adnan Sabah
Kreisvorsitzender SPD Bodenseekreis

Fragen des Ortsvereins Oberteuringen

Sehr geehrter Herr Sabah,

vielen Dank für die Übersendung der E-Mail vom 15.05.2012, in der Sie mich bitten Ihnen einige Fragen des Ortsvereins Oberteuringen in der gebotenen Kürze zu beantworten.

1) Kann ich mir in Zukunft mit normalen Einkommen leisten, ein Pflegefall zu werden?

Mit der 1995 eingeführten Pflegeversicherung, die eine Teilkaskoversicherung ist, wurde für alle Versicherten ein Rechtsanspruch auf Hilfe bei Pflegebedürftigkeit gesetzlich festgeschrieben und je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Leistungsanspruch für ambulante und stationäre Pflege definiert. Durch die solidarische und paritätisch finanzierte Versicherung war es möglich, die Zahl derer, die bei Pflegebedürftigkeit von Sozialhilfe abhängig wurden, zu reduzieren. Die Lebenssituation von Pflegebedürftigen wurde spürbar verbessert und die Angehörigen entlastet. Die Pflegeversicherung wurde seit 1995 sukzessiv weiterentwickelt und den jeweiligen gesellschaftlichen Erfordernissen angepasst. Nachdem die Pflegeversicherung eine Teilkaskoversicherung darstellt, kann es im Einzelfall vorkommen, dass die Kosten der Betreuung eines Pflegebedürftigen durch die Zahlungen der Pflegeversicherung nicht vollständig gedeckt werden. In diesen Fällen müssen eigenes Einkommen und Vermögen eingesetzt werden.

Insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung benötigt die Pflegeversicherung für die künftige Sicherstellung einer guten Pflege eine neue, verlässliche und auskömmliche Finanzierungsstruktur. Dabei steht derzeit

das Prinzip einer Teilkaskoversicherung nicht zur Diskussion, sodass auch künftig ein Eigenanteil und Eigenvorsorge notwendig werden. Die Landesregierung setzt sich für eine Finanzreform der Pflegeversicherung in der Gestalt ein, dass die Grundlage dafür eine solidarische Bürgerversicherung sein soll. Sie bedeutet eine Abkehr von der Aufspaltung der Gesellschaft nach zahlungskräftigen und weniger zahlungskräftigen Versicherten sowie nach Gruppen mit hohem und niedrigem Risiko einer Pflegebedürftigkeit. Sie bezieht alle Versicherten in ein solidarisches, gerechtes System ein und stellt die paritätische Tragung von Beiträgen durch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sicher.

2) Warum wird derzeit (häusliche) Pflege durch Angehörige weniger gefördert als die Pflegedienste?

Die Pflegeversicherung unterscheidet Pflegesachleistungen und Pflegegeld für selbstbeschaffte Pflegehilfen.

Das Pflegegeld als Leistung informeller Hilfen, in der Mehrzahl innerhalb der Familie, ist mit Beträgen von € 215,- bei Pflegestufe 1 bis € 700,- bei Pflegestufe 3 ausgestattet. Mit diesem Betrag soll Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, ein finanzieller Ausgleich für entstandene Aufwendungen gegeben werden.

Die Pflegesachleistungen als Leistungen zugelassener Pflegedienste sind ausgestattet mit Beträgen von € 450,- bei Pflegestufe 1 bis € 1550,- bei Pflegestufe 3. Mit diesem Betrag sollen Leistungen professioneller Pflegekräfte finanzierbar sein für Pflegedienste, die gemäß den Bestimmungen des § 114 SGB XI regelmäßig in ihrer Qualität der Leistungserbringung überprüft werden.

Die höhere finanzielle Ausstattung von Pflegesachleistungen ist also mit der Sicherheit qualitativ hochwertiger Pflege nach professionellen Standards begründet.

3) Gibt es nur Zukunft für Junge, nicht aber Zukunft für Alte?

Es ist ein grundlegendes Wesensmerkmal jeder Gesellschaft, dass sie aus Menschen unterschiedlichen Alters besteht. Babys, Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Erwachsene mittleren Alters, ältere Erwachsene, alte und schließlich auch hochbetagte Menschen: Sie bilden die verschiedenen Generationen ab, die

in einer Gesellschaft zusammen leben. Mit dem demografischen Wandel ist vor allem eine historisch bisher einmalige, sehr deutliche Verschiebung hin zu einer älteren Gesellschaft verbunden. Weniger werdende junge Menschen stehen zahlreicher werdenden älteren und hochbetagten Menschen gegenüber. Dieser Umstand stellt eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche, soziale und auch ökonomische Herausforderung dar. Eine Gesellschaft bleibt nur lebensfähig, wenn sie allen Mitgliedern Partizipations- und Zukunftschancen vermittelt. Über die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme, aber auch über persönliche Generationenbeziehungen bestehen vielfältige gegenseitige generative Abhängigkeiten. Der demografische Wandel lässt sich nur bewältigen, wenn die Interessen und Bedürfnisse der Menschen aller Altersgruppen zu einem fairen Ausgleich gebracht werden. Keine Altersgruppe darf vernachlässigt oder privilegiert werden. Die Gesellschaft wird in verstärktem Maße auch auf die vielfältigen Potenziale älterer Menschen setzen müssen.

Wir sind dabei, hier einen Perspektivwechsel vorzunehmen. Nicht die Defizite des Alters stehen im Vordergrund, sondern die Fähigkeiten und Beteiligungswünsche der älteren Menschen. Die Frage lautet: Was kann und möchte die ältere Generation für die Gesellschaft tun? Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass für die Mehrzahl der älteren Menschen nicht mit Eintritt in den Ruhestand die aktive Lebensphase endet und sie sich auf Dauer nur noch zurückziehen wollen. Viele Seniorinnen und Senioren sind weiter in unterschiedlichster Weise aktiv und gestalten dadurch ihre Zukunft mit. Diese Mitwirkung, sei es im privaten Umfeld oder bei gesellschaftlichen Prozessen, wird auch gebraucht, denn die Kompetenzen der Älteren sind für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse von großer Bedeutung. Es gibt bereits eine Vielzahl von Ansätzen, die diesen Gedanken des aktiven Einbindens älterer Menschen aufgreifen, aber ich bin davon überzeugt, genau hier steckt noch ein großes Potenzial, das wir wecken und nutzen sollten. Ältere Menschen bringen beispielsweise ihre Erfahrungen in sog. Jung-Alt-Projekten ein oder übernehmen Verantwortung in Patenschaftsprojekten. Damit geben sie sich selbst und der jüngeren Generation eine Zukunft.

Als Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren in Baden-Württemberg ist der Lan-

deseniorenrat Baden-Württemberg e.V. wichtiger Ansprechpartner für die Landesregierung und wirkt als Impuls- und Ideengeber. Er unterstützt beispielsweise auch die Gründung von Seniorenräten in Gemeinden und Stadtteilen mit dem Ziel einer aktiven Beteiligung der älteren Generation an der Gestaltung des Gemeinwesens. Dies halte ich ebenfalls für einen wichtigen Beitrag zur Bürgergesellschaft.

Alt und Jung haben also beide eine Zukunft und stehen gemeinsam in der Verantwortung, den demografischen Wandel zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Altpeter MdL

Gegen Homophobie im Fußball

Die Jungsozialdemokraten des SPD Ortvereins Immenstaad haben an Fronleichnam, einen Tag vor Eröffnung der Europameisterschaft in Polen und der Ukraine, EM-Planer und Eis in Immenstaad verteilt. „Wir wollten auf das Thema Homophobie im Fußball aufmerksam machen“, sagt Manuel Rudolph, Beisitzer im SPD Ortsverein Immenstaad und Jungsozialdemokrat.

„Fußball ist der schönste Sport der Welt. Wenn es auf dem Platz und in der Fankurve zur Sache geht, wird es schnell emotional. Fangesänge drücken Leidenschaft, Unterstützung und Rivalität aus. Die Sprache der Kurve ist selten diplomatisch. Doch Sprüche und Gesänge, die Menschen diskriminieren und ihre Würde verletzen, haben im Stadion nichts zu suchen. Homophobie, der Hass auf Lesben und Schwule, hat auch im Fußball keinen Platz.“

„Wen Fans und Spieler lieben, ist uns egal. Wichtig ist doch, dass man Spaß am Fußball, haben kann. Schluss mit den Beschimpfungen von Schwulen und Lesben im Stadion!“ so die Immenstaader Jungsozialdemokraten.

Da viele Gäste und Einheimische am Fronleichnam auch wegen des schönen Wetters in Immenstaad unterwegs waren kam man schnell ins Gespräch. Es gab keine negative Reaktion als das Thema Schwule und Lesben im Fußball thematisiert wurde. Durchweg waren positive Stimmen dabei, die die Position der Jusos bekräftigt haben.

11.06.2012 Jusos Immenstaad über Irene Demuth

SPD Tettang zur Familienpolitik

Die Tettanger SPD hat bei ihrem 5.Termin in der Reihe „SPD im Gespräch“ intensiv die Situation in der frühkindlichen Bildung und Betreuung beleuchtet. Aufgeboten hatte sie dazu Bürgermeister Walter, Christel Ulmer, Leiterin der KITA in Neukirch und Vorsitzende des KITA-Bündnisses Baden-Württemberg, die Leiterin des kirchlichen Kindergartens St. Gallus in Tettang, Georgine Dimmler und einige weitere Leiterinnen von Kindergärten.

Für den Bürgermeister ist es klar: „Grundlage für die Entwicklung in der Zukunft sind heutige Investitionen in Bildung und Betreuung, in unserem einzigen Rohstoff“. Und Walter hat seit seinem Amtsantritt 2007 viele Schritte unternommen, um im kommunalen Sektor der Kindergärten und der Schulen voranzukommen, mit eigenen Referentinnen dazu im Rathaus und mit überdurchschnittlich großen Investitionen, gerade im Bereich der U-3-Betreuung und der Kitas.

2012: 3,1 Mio Euro	2012: 4,3 Mio Euro	2014: 5,4 Mio Euro
--------------------	--------------------	--------------------

Der Geburtenrückgang spielt im östlichen Bodenseekreis in den nächsten 5 Jahren im Gegensatz zu anderen Regionen in Südwürttemberg keine Rolle. Und nächstes Jahr, am 1. August, greift der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für die unter 3jährigen Kinder. In den Ortschaften im Tettanger Hinterland fehlen noch Krippenplätze, räumt Bürgermeister Walter ein. Bei den Kindergärten können die Familien in der Montfortstadt mit 129 Ganztagesplätzen rechnen, eine Versorgungsquote von 21 Prozent. Leuchttürme sind das Familienzentrum „**Spatzennest**“ mit 3 Krippen mittlerweile und 3 Ganztagesgruppen im Kiga, sowie das Kinderhaus des bundesweit bekannten Outdoor-Textilien-Betriebes „**vaude**“ in Ober-eisenbach, wo die Kleinkinder der jungen Mitarbeiter/innen betriebs- und elternnah betreut und gebildet werden können.

Der Preis für diese Investitionen der Stadt: ein Kostendeckungsgrad von gerade mal 16-17 Prozent und eine Verschuldung im Haushalt von 20 Millionen Euro. Der Bürgermeister erwartet deshalb auch einen Lastenausgleich durch die Bundes- und Landespolitik, erst recht, wenn der Orientierungsplan zur frühkindlichen Bildung in Baden-Württemberg mit dem Anspruch auf ein Qualitätsmanagement

umgesetzt werden soll. Andererseits sieht er das Limit erreicht in den Ansprüchen der Gesellschaft beim Ruf nach dem Staat: „Es geht nicht mehr weiter!“ Die Wertschätzung für die Arbeit mit und für die Kleinkinder als Basis für spätere Bildungserfolge muss wachsen, auch bei Unternehmen, bei Verbänden und in der Bürgerschaft, ist Walter überzeugt. Immerhin: Bei den Kinderkrippen übernimmt mittlerweile das Land über den „Pakt mit den Kommunen“ 68 Prozent der Betriebskosten!

Die KITA-Leitungen bestätigen die deutlichen gestiegenen Erwartungen der jungen Eltern an die Arbeit der Betreuungseinrichtungen, was allerdings bei Gruppengrößen von weit über 10 Kindern pro Gruppe kaum erfüllt werden kann. Auch ist das Personal selber „am Limit“, berichtete Christel Ulmer. Die Expertin vom landesweiten KITA-Bündnis beklagte den enormen Mangel an Erzieher/-innen. Landesweit fehlen bis 2015 über 17 000 Fachkräfte, bedingt durch die unzureichenden Rahmenbedingungen und die schlechte tarifliche Bezahlung der Mitarbeiter/innen in den KITAs. Zwischen Anspruch und der Wirklichkeit herrscht ein „grosser Spagat“, so Christel Ulmer. Der SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah, eigens von Überlingen nach Tettngang angereist, erinnerte an die vorbildlichen „skandinavischen Verhältnisse“ bei dem Personalschlüssel und der Tarifpolitik im frühkindlichen Bereich, was auch auf einer ganz anderen Steuerpolitik als in Deutschland beruhe. Der SPD-Vorsitzende von Meckenbeuren, Norbert Kiwatsch, plädierte für mehr Anstrengungen der politischen Parteien, die Einnahme-Verhältnisse beim Fiskus deutlich zu verbessern, um so den sozialen Bedürfnissen der Menschen gerecht werden zu können. Die Versammlung hielt abschließend wenig von dem Rezept, die arbeitslos gewordenen Schlecker-Frauen in einer Art „Schnellbleiche“ zu Erzieherinnen auszubilden.

W. Bernhard

Endlich, Landesregierung priorisiert Bundesfernstraßenprojekte

B 31 Friedrichshafen West hat die höchste Priorität im Land

Der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller hat sie jahrelang gefordert. Die grün-rote Landesregierung hat sie in ihrem ersten Jahr durchgezogen, die Priorisierung aller 20 baureifen Bundesfernstraßenprojekte.

Zwei dieser Projekte liegen im Bodenseekreis, nämlich die B31, die vom Knoten Colsmannstraße in Friedrichshafen durch einen zweistreifigen Tunnel bei Waggerhausen, dann vierstreifig um die Teilorte Schnetzenhausen, Fischbach und Spaltenstein bis zur bestehenden B31 bei Immenstaad/Grenzhof geführt werden soll. Der Waggerhausener Tunnel soll auf Grund eines Häfler Gemeinderatsbeschlusses um 100 auf 700 Meter verlängert werden. Die Zusatzkosten für Verlängerung will die Stadt übernehmen. Das deswegen erforderliche ergänzende Planfeststellungsverfahren braucht die Zustimmung der Bundesregierung. Entscheidend für die hohe Priorisierung für die Umfahrung von Friedrichshafen-West waren die „hohe Fahrtzeitgewinne; die nachhaltige Entlastung der Stadt Friedrichshafen vom Durchgangsverkehr“, die Verkehrssicherheit, verbesserter Verkehrsfluss und natürlich die Lärmentlastung für die Anwohner an der Maybachstraße und die Bewohner Fischbachs. Damit könnte der Bau in Friedrichshafen 2014 beginnen, vorbehaltlich der oben erwähnten Zustimmung durch die Bundesregierung.

Das zweite Projekt ist die neue Trasse der B31 zwischen Überlingen-West und Überlingen-Ost. Hier sind die zu erwartenden Gewinne vor allem in der Fahrzeit und die verbesserte Verbindungsfunktion zwischen Oberzentren. Da 2020 Überlingen wahrscheinlich eine Landesgartenschau durchführen wird, wurde dieser Abschnitt der B31 so priorisiert, dass der Bau 2015/16 beginnen könnte. Die Skizze der Projektbeschreibung des Landesverkehrsministerium endet vor dem insbesondere von Nußdorf erhofften Knoten bei Altbirnau.

Erfreulich für den Bodenseeraum ist ein weiteres Projekt, dessen möglicher Baubeginn ebenfalls in 2015/16 liegen könnte, nämlich der Ausbau der B33 zwischen Konstanz (Landeplatz) und Allensbach/West. Für Einstufung in die Gruppe 2 sprechen die stark verbesserte Netzfunktion zwischen den Oberzentren Konstanz und Schaffhausen, die überdurchschnittlich hohe Belastung der heutigen Trasse und die Lärmentlastung. Die hohen Fahrtzeitgewinne können nur durch hohe Kosten erreicht werden. Umgesetzt werden soll das Projekt in 2,5 bis 3,5 km langen Teilabschnitten.

Ebenfalls in Gruppe 1, also möglicher Baubeginn in 2014, wurde die Fertigstellung der Ortsumgebung Ravensburg eingestuft. Von

dieser Maßnahme wird „eine deutliche Verkehrs-, Lärm und Schadstoffentlastung im südlichen Stadtgebiet von Ravensburg“ erwartet. Leider ist noch nicht abzusehen, wann die Planfeststellung zwischen Überlingen-Ost und Immenstaad eingeleitet wird. Damit bleibt dieser rund 30 Kilometer lange Flaschenhals im Bodenseekreis bestehen. Besonders die Hagnauer werden also weiter für einen nicht absehbaren Zeitraum unter dem Durchgangsverkehr leiden.

Dietram Hoffmann

Grün-Rot gratuliert Kollegium der Sommertalschule

Die Grünen und die SPD des Bodenseekreises und SPD Meersburg mit MdL Martin Hahn an der Spitze gratulierten dem Kollegium der Sommertalschule zum Start als Gemeinschaftsschule im Schuljahr 2012/13 mit Hefezopf (SPD und Kreis-GEW), Kaffee, Apfelsaft und Prosecco (Grüne) als „kleine Wegzehrung“ (Hahn) für die einzige „Starterschule“ im Bodenseekreis. Hahn äußerte Freude über den Erfolg Meersburgs als Gemeinschaftsschule.



Bild: MdL Hahn und Hans Klein (stehend)

Foto: Sylvia Floetemeyer mit freundlicher Erlaubnis
Hans Klein vom Ortsverein Meersburg schloss sich den Glückwünschen Hahns an. Besonders freute ihn als ehemaliger Lehrer mit 30-jähriger Berufserfahrung an der Gesamtschule in Hessen: „Ich denke, Sie werden die Schüler dort von der 4. Klasse abholen, wo sie stehen.“ Er verwies auch auf das Kindergartenprojekt.

Als im Sommer 2008 bekannt wurde, dass der Bestand der Sommertalschule gefährdet war und im Gemeinderat keine Stimmung zur Rettung erkennbar war, setzte sich der Ortsverein Meersburg der SPD zusammen mit der Schulleitung und dem damaligen SPD-MdL Norbert Zeller aktiv für die Anerkennung als Werkrealschule ein, was dann auch gelang. Dass nun

sogar die Auswahl zur Starterschule für die Gemeinschaftsschule glückte, kann als Überraschung und als Lohn für den engagierten Einsatz des Kollegiums für eine moderne Schule gewertet werden.

Hahn, der sich nicht als Schulexperte bezeichnet, stellte fest, er habe positive Erfahrungen „mit langem gemeinsamen Lernen“ auf der Waldorfschule mit seinen vier Töchtern gemacht. Deshalb ist er überzeugt, dass „dieser Schulansatz eine gute Zukunft hat.“

Beim anschließenden Gespräch nahmen neben den bereits Erwähnten Rektor Ritter, Konrektor Fitz und Bürgermeister Martin Brütsch sowie die Grünen-Kreisvorsitzende Isolde Riede und Karl-Heinz König von der SPD teil. Ritter betonte, er werde dazu alles tun, dass Hahn in Zukunft mitreden könne, wobei für Hahn durchaus einiges für ihn Neues aufgezeigt wurde. Dass hier ein sehr engagiertes Pädagogenteam schon in der Vorphase erfolgreich zugange war, wurde offensichtlich. Das „Schulreife Kind“ (Kooperation mit Kindergarten) steht für Ritter am Anfang. Neu an der Gemeinschaftsschule sei, dass man sich freiwillig für die Starterschule bewerben konnte: „Nichts ist übergestülpt worden. Zum ersten Mal, seit ich im Schuldienst bin, konnte ich mich mit Kollegen gemeinsam auf den Weg machen. Das Modell ist politisch so sehr gewollt, dass es einfach ein Erfolg werden muss.“

Nach anfänglich niedriger Zahl von Anmeldungen kam dann überraschend die Zahl von 27 zustande. Bei einem Klassenteiler von 28 heißt das, dass wohl nur eine leider sehr große Klasse gebildet werden kann. Da Vorbereitung und persönlicher Einsatz im neuen Schultyp für die Qualität entscheidend sind, wären Überlegungen hilfreich, eventuell mit zusätzlichen, unbürokratisch einmalig bezuschussten Lehrerstunden hierzu beizutragen.

Anschließend führten die Schulleiter die Gruppe noch durch die Räume für die altersgemischte Schuleingangsstufe, die Ganztagesbetreuung sowie Technik und Hauswirtschaft. Dabei zeigte sich der Reparaturanstau im Bereich des Foyers der Schule auch als Chance für einen künftigen Ausbau zur besseren Nutzung der „Schlechtwetter-Pausenhalle“. Bürgermeister Brütsch zeigte sich besorgt, die Kommunen könnten auf Kosten sitzen bleiben weil noch nicht geregelt sei, wer für auswärtige

Schüler aufkomme (nach der Aufhebung der bisherigen Schulbezirke), sowie wegen eines unklaren Passus im Schulgesetz.

23.06.2012

Karl-Heinz König

Seltenes Lob von der Presse

Allzu häufig kommt es in einem Wahlkreis ohne Abgeordnete/n nicht gerade vor, dass die SPD einer Gemeinde so gelobt wird.

Was ist da wohl geschehen?

Immer wieder kommt es vor, dass der Gemeinderat von Irgendwo gegen die Gemeindeordnung verstößt indem er allzu häufig nichtöffentlich tagt.

Von den Folgen solchen Handelns können wir häufig Sätze hören wie: Die da oben machen was sie wollen – und alles hählings.“ Wen wundert da noch die viel berufene Politikverdrossenheit?

Und dann das: die Basis setzt sich öffentlich mit der eigenen Fraktion kritisch auseinander: Und – statt Empörung über die Kritik zeigen die „Sünder“ Einsicht, versprechen eine Änderung der politischen Kultur und setzen das Versprechen auch um.

Wenn dieses Beispiel im Lande Schule macht, könnte die Öffentlichkeit wieder ein Stück weit Vertrauen in die „Volksvertretungen“ der Gemeindeverwaltungen fassen.

Der ROTE SEEHAS dankt Herrn Baur vom SÜDKURIER für die Genehmigung des Abdrucks der beiden folgenden Artikel.

Karl-Heinz König

Bravo, SPD

Bravo für die Rückbesinnung auf die demokratischen Spielregeln. Bravo, SPD.

Und: Bravo für den ehemaligen SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Dietram Hoffmann, der schon immer ein kommunalpolitisch aktiver Sozialdemokrat mit Biss war und in dieser öffentlichen Fraktionssitzung wieder einmal seine Gemeinderäte in die Pflicht nahm. Er verwies auf die in der Öffentlichkeit massiven Irritationen wegen des Bad-Hotel-Verkaufs und brachte „sein Problem“ auf diesen einfachen Nenner: „Wenn Bürger kommen und sagen, die im Gemeinderat machen doch nur, was sie wollen – wie soll ich da das Gegenteil erklären? Ich

kann es nicht.“ Indem sich seine Genossen, die am Ratstisch sitzen, Oswald Burger, Udo Pursche und Michael Wilkendorf, dieser Kritik eben nicht wortreich zu entziehen suchten, sondern Fehler eingestanden und sich in einer auch mal hektischeren Auseinandersetzung über die nötigen Konsequenzen einig wurden, lieferte die SPD ein Paradestück gehobener politischer Kultur ab. Es ist Streitkultur, wenn Dietram Hoffmann oder die SPD-Ortsvereinsbeisitzerin Dagmar Miedzianowski ihren Genossen Pursche in die Zange nehmen. Weil er überzeugt davon ist, es habe alles seine Ordnung, denn der Arbeitskreis, der die Ausschreibung der Neuverpachtung des Hotels erarbeitete, doch öffentlich beschlossen wurde und ebenso die Ausschreibung selbst.

Dass das nicht reichte, diese Meinung machten die Genossen ohne Ratsmandat richtigerweise ebenso deutlich wie die Tatsache, dass die Öffentlichkeit den Satz „Ein Erwerb ist nicht ausgeschlossen“ bestimmt nicht so interpretieren muss, dass wenige Wochen später das Hotel verkauft und der Kursaal in Erbpacht abgegeben werden. Zu Recht mussten sich die SPD-Räte von ihrer Basis sagen lassen, dass der Bürger draußen es als Schaufensterabstimmung empfindet, wenn der Rat mit dem fertigen Vertrag auf dem Tisch nicht nur einem Käufer den Zuschlag gibt, sondern damit angeblich auch über den Verkauf entscheidet. Auch wenn Oswald Burger seinem Ratskollegen Pursche zustimmte, das wirklich noch nichts entschieden sei, vollzog der Fraktionschef an diesem Abend für die SPD zum Entscheidungsprozess beim Bad-Hotel eine beeindruckende Wende. „Ich bin inzwischen der Meinung, dass wir falsch gehandelt haben: Die Gemeindeordnung will, dass wir so wichtige Entscheidungen wie den Verkauf eines stadtbildprägenden Hotels, das den Ursprung der Badestadt Überlingen markiert, öffentlich behandeln.“ Bravo: „Rechtmäßigerweise hätten wir vor der Ausschreibung einen formellen Beschluss treffen müssen – wir haben zu irgendeinem Zeitpunkt versäumt, die Debatte in den öffentlichen Gemeinderat zurückzuholen.“ Bravo für die Absicht, die politische Kultur im Rat zu ändern. Dafür, wieder mal Demokratie zu wagen. Mal sehen, wer mitwagt.

21.06.2012

Von **MARTIN BAUR**

Abdruck mit freundlicher Genehmigung

SPD sieht Bürger zu oft ausgesperrt

Der Überlinger Gemeinderat entscheidet nach Überzeugung der örtlichen SPD viel zu häufig hinter verschlossenen Türen. Das soll sich ändern. Die Fraktion will für einen Wandel der politischen Kultur kämpfen.

Sind die Bürger bei Entscheidungen des Gemeinderates zu häufig ausgesperrt? Die Antwort der SPD in ihrer öffentlichen Fraktionssitzung fiel sehr klar aus: „Die Gemeindeordnung verlangt, in der Regel öffentlich zu tagen und nur im Ausnahmefall nichtöffentlich zu verhandeln, dagegen haben wir in der Vergangenheit tatsächlich relativ häufig verstoßen“, sagte Fraktionssprecher Oswald Burger. Er versprach seinen Genossen, aktiv zu werden. „Die politische Kultur muss sich in dieser Hinsicht ändern.“ Insbesondere Dietram Hoffmann, Ex-Ortsverbandsvorsitzender und Pressereferent, forderte einen „Cultural change“.

„Auch morgen stehen wieder Punkte auf der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung“, erklärte Burger in der Fraktionssitzung am Dienstagabend mit Blick auf die gestrige Ratsitzung, „bei denen die eigentliche Beratung öffentlich laufen müsste und nur bestimmte Aspekte nichtöffentlich sein dürften.“ Ergebnis der Fraktionssitzung war, dass die SPD in der nichtöffentlichen Sitzung gestern Abend einen Geschäftsordnungsantrag stellen wollte, vier Punkte von der Tagesordnung zu nehmen und öffentlich zu behandeln. Welche das sind, sagten die Genossen nicht, weil sie über die nicht-öffentliche Tagesordnung zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

Burger erinnerte an den vergangenen Dezember, als versehentlich die nichtöffentliche Tagesordnung im Amtsblatt abgedruckt war und das Regierungspräsidium als Rechtsaufsicht in Folge einer Anfrage des SÜDKURIER im Rathaus intervenierte. Die zwingend öffentlich zu behandelnden Themen seien dann zwar von der Tagesordnung genommen worden, „dennoch haben wir dann einiges unter dem Punkt „Verschiedenes“ beraten“, informierte Burger seine Genossen „und als ich das kritisiert habe, da war man pikiert“.

Udo Pursche, seit über 20 Jahren Stadtrat, erinnert an die Amtsvorgänger von Oberbürgermeisterin Sabine Becker und gibt ihr persönlich Verantwortung: „Unter Reinhard Ebersbach, unter Klaus Patzel und unter Volkmar Weber haben wir nur einen Bruchteil von heute nichtöffentlich beraten, Frau Becker hat schon als Meersburger Bürgermeisterin möglichst viel in die nichtöffentlichen Sitzungen geholt – und diese Meersburger Verhältnisse versucht die OB, jetzt bei uns einzuführen.“

In direktem Zusammenhang mit dem Thema mangelnder Öffentlichkeit der Ratssitzungen diskutierte die SPD auch die „Frage und Bedeutung der städtischen Pressearbeit“ und skizzierte damit den Ausbau des Amtsblattes „Hallo Ü“ zum Verlautbarungsorgan des Rathauses als Gegenpol zu einer unabhängigen, kritischen Berichterstattung. Wie Udo Pursche seinen Genossen erklärte, habe Oberbürgermeisterin Sabine Becker in informellem Rahmen erklärt, es gehe darum, der Presse etwas entgegen zu setzen.

In Klausur habe die Oberbürgermeisterin gesagt, man müsse im Hallo Ü „mal ein bisschen mehr machen“. Der Gemeinderat habe in Folge einen Ausbau des Amtsblattes lediglich genehmigt, erläuterte Burger, „um die Gemeinderatspolitik etwas verständlicher zu machen: Eigentlich wollten wir nicht mehr als ein lesbareres Hallo Ü, das die Entscheidungen des Gremiums vollständig mitteilt.“ Die jetzige „Art der Öffentlichkeitsarbeit“ hätte der Rat nie genehmigt. „Wir haben sie nur als Teil des gesamten Haushaltsplanes abgesegnet, durch den Posten für die Öffentlichkeitsarbeit.“ Burger schlüsselte auf, wie er stieg: 2010 habe er 4885 Euro betragen, 2011 sei er bei 7700 Euro gelegen und dieses Jahr sei der Etat auf 17 700 Euro gewachsen.

Dagmar Miedzianowski, Beisitzerin im SPD-Ortsverband, frage, weshalb dieses „Pressereferat“, das die Artikel im Amtsblatt unterzeichne, nicht im Organigramm der Stadt auftauche. Pursche: „Weil wir kein Pressereferat haben – so wird Waldtraud Kässer (freie Journalistin aus Konstanz und eine Freundin der Oberbürgermeisterin, Anm. der Red.) genannt, OB und Fachbereichsleiter Wiedemer-Steidinger liefern ihr Texte zu und sie formuliert um.“

21.06.2012

Von [MARTIN BAUR](#)

Abdruck mit freundlicher Genehmigung

Adnan Sabah bewirbt sich um die SPD-Kandidatur im Bundestagswahlkreis 293

Auf der Vorstandssitzung der SPD Bodenseekreis gab der Kreisvorsitzende Adnan Sabah bekannt, dass er sich um die Nominierung als Bundestagskandidat der SPD für den Bundestagswahlkreis 293 (Bodenseekreis und die Gemeinden Herdwangen-Schönach, Illmensee, Pfullendorf und Wald aus dem Landkreis Sigmaringen) bewerben werde.

Um möglichst zahlreiche KandidatInnen für den seit 2005 „verwaisten“ Wahlkreis zu finden, suchte Sabah in den letzten zehn Monaten auf Landesebene nach geeigneten Bewerbern, wurde aber nicht fündig. Bei der Suche stellte er fest, dass er sich durchaus selbst vorstellen konnte, für das Amt zu kandidieren. Sein Selbstvertrauen wuchs, nachdem er auf mehreren Veranstaltungen der Landes-SPD darauf angesprochen wurde - zuletzt bei der Feier zum 60-jährigen Jubiläum der baden-württembergischen SPD. So entschloss er sich, seine Bewerbung im Kreisvorstand bekannt zu geben.

Er bittet darum, von nun an weitere Bewerbungen an seine Stellvertreter Ramazan Bilir, Markdorf (r.bilir@gmx.de) und Sonja Schuster, Überlingen (sekretariat.schuster@t-online.de) zu richten, um bis zur Nominierungskonferenz im November aus dem Bewerbungsprozess herausgehalten zu werden.

Bilir und Schuster werden den Bewerbungsprozess bis zur Nominierungskonferenz im November 2012 begleiten und nach den Sommerferien eine Vorstellungsrunde bei allen SPD-Ortsvereinen im Bundestagswahlkreis 293 ausrichten. Bewerberinnen und Bewerber sollten sich bis spätestens 15. September bei beiden melden, damit sie sich an der Vorstellungsrunde in den Ortsvereinen beteiligen können. Bewerbungen werden bis zur eigentlichen Wahl auf der Nominierungskonferenz angenommen, auch wenn der/die Bewerber/in nicht an der Vorstellungsrunde teilgenommen hat. Meine Stellvertreter werden auch die Nominierungskonferenz vorbereiten und durchführen. Dazu gehört eine Unterrichtung der Ortsvereinsvorsitzenden über den Delegiertenschlüssel und wer überhaupt Delegierter werden darf (ins besonders vollendetes 18. Lebensjahr und deutscher Staatsbürger).

K-H K

Antrag:

SPD Kreistagsfraktion

Josef Büchelmeier
Möwenstr. 35
88045 Friedrichshafen
Friedrichshafen, 15.06.2012

An

Herrn Landrat Lothar Wölfle

Landratsamt Bodenseekreis
88041 Friedrichshafen

Betr.: Antrag wegen genauerer Untersuchung zu Pendlerströmen im Bodenseekreis

Sehr geehrter Herr Landrat Wölfle,

nach Rücksprache in der Fraktion bin ich beauftragt den folgenden Antrag an den Kreistag zu richten.

Zur Weiterentwicklung eines vernetzten Verkehrssystems und des ÖPNV im Bodenseekreis und der Region sind vor allem neueste Daten zu den Pendlerströmen im Bodenseekreis notwendig. Die uns bekannten Erhebungen stammen aus dem Info-Heft Nr. 6 (2004): „Verkehr in der Region Bodensee-Oberschwaben“ des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben mit Zahlenmaterial aus dem Jahr 2002.

In diesen Auswertungen des Regionalverbandes fehlen z.B. die Einpendler aus dem Salemmraum nach Immenstaad und Friedrichshafen. Nachdem die Einwohnerzahlen der Umlandgemeinden von Friedrichshafen prozentual meist doppelt so stark gewachsen sind wie die von Friedrichshafen und die Stadt Markdorf ebenfalls ein beachtlich gewachsenes Gewerbegebiet besitzt, erscheint uns eine Erhebung der Pendlerströme auf Basis neuester Daten und mit neuen Schwerpunkten erforderlich.

Wir stellen daher als SPD-Fraktion im Kreistag folgenden Antrag zum Thema Pendlerströme und Verkehrsentwicklung:

Der Kreistag möge beschließen, das Landratsamt solle bis Ende 2012 eine Untersuchung zu den aktuellen Pendlerströmen im Kreisgebiet erstellen und dem Kreistag vorlegen. Hierbei soll über die Erhebungen des Regionalverbandes von 2004 hinaus gegangen werden. Insbesondere sollen konkrete Zahlen erhoben werden, welche Pendlerströme der westliche

Bodenseekreis mit Immenstaad, Hagnau, Meersburg, aber auch dem Salemer Raum (Bermatingen, Salem, Frickingen, Daisendorf) aufweist. Wo möglich sollten an einzelnen Orten Zählungen oder Befragungen erfolgen, um angesichts der Veränderungen im Arbeits-, Wohn- und Freizeitverhalten genauere Daten für die künftige Vernetzung einer erfolgreichen Verkehrsplanung zu erhalten.
Mit freundlichen Grüßen

Josef Büchelmeier

SPD Kreistagsfraktion
Bodenseekreis
Josef Büchelmeier
Möwenstrasse35
88045 Friedrichshafen

An
Herrn Landrat Lothar Wölfle
Landratsamt Bodenseekreis
88041 Friedrichshafen

Betr. : Entwicklung der Verkehrsunfälle im Kreisgebiet

Sehr geehrter Herr Landrat Wölfle,

in der Pressemitteilung der Polizeidirektion Friedrichshafen vom 20.3.2012 „Jahresunfallbilanz aus dem Jahr 2011“
<http://presse.polizei-bwl.de/layouts/Pressemitteilungen/DisplayPressRelease.aspx?List=7fba1b0b%2D2ee1%2D4630%2D8ac3%2D37b4deea650e&Id=25440>

ist von Unfallschwerpunkten bzw. hohen Unfalldichten die Rede, ohne Angabe, um welche Straßenabschnitte es sich handelt.

Wir stellen daher folgenden Antrag zum Thema Unfallbilanzen:

Der Landrat möge dem Kreistag einen Bericht zur Unfallentwicklung im Kreisgebiet vorlegen, mit der Ausweisung von Unfallschwerpunkten und häufigsten Unfallursachen sowie der Entwicklung von Unfallzahlen und Schwere der Unfälle insbesondere auf der sogenannten Müllstraße und der B33 (Vergleich vor und nach der Einführung von Tempolimits und Überholverböten). Für die B33 von Markdorf bis Ravensburg sollen auch die Daten vom Streckenabschnitt auf dem Gebiet des Landkreises Ravensburg einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

namens der Kreistagsfraktion der SPD

Josef Büchelmeier

OV Oberteuringen:

10.07.2012

Diskussionsveranstaltung

»Wie wollen wir in Zukunft pflegen?«

Eckpunkte einer Reform der Pflegeversicherung in Deutschland

**Dienstag, den 10. Juli 2012
um 19:00 Uhr**

Friedrichshafen, Oberteuringen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

Die 1995 eingeführte Pflegeversicherung ist ein Erfolg. Sie ist zu einem zentralen Baustein unseres Sozialversicherungssystems geworden und wird nicht nur von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen, sondern von der gesamten Bevölkerung als wichtiger Sozialversicherungszweig angesehen. Mit der Pflegeversicherung wurde für alle Versicherten ein Rechtsanspruch auf Hilfe bei Pflegebedürftigkeit gesetzlich festgeschrieben. Die Lebenssituation von Pflegebedürftigen wurde spürbar verbessert und die Angehörigen entlastet. Die Pflegeversicherung ist ein wesentlicher Baustein, um auch in Zukunft gute Pflege gewährleisten zu können.

Wir laden Sie herzlich ein, mit uns die Eckpunkte der SPD zur Reform der Pflegeversicherung zu diskutieren.

Ihre SPD-Bundestagsfraktion

Hilde Mattheis, MdB Martin Gerster, MdB

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzung

Montag, 23.07.2012, 1

9:30 Uhr - 22:00 Uhr

Adler, Ailingen

Stammtisch:

12.07.2012

19:30

im Gasthaus „Grüner Baum“ in Stetten

Fortsetzung auf Seite 28

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Der bayrische SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold zur „Bodensee-Internationale“:

„Liebe Aktive im Bündnis der Bodensee-Internationale,

zunächst einmal will ich euch herzlich danken für euer Engagement in der Sozialdemokratie, gerade auch im Zusammenhang mit der Sozialistischen Bodensee-Internationale. Ein Grundpfeiler der Arbeiterbewegung war immer die Überzeugung, dass eine bessere Welt nur gemeinsam, grenzüberschreitend in internationaler Solidarität erstritten werden kann. Diese Einsicht mit Leben zu füllen, ist im Parteilalltag genauso notwendig wie häufig schwer zu realisieren. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Genossinnen und Genossen vor Ort, wie von euch beharrlich praktiziert, ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie internationale Solidarität im Alltag gelebt werden kann.

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass der gegenwärtige Konflikt um das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik auch die Zusammenarbeit vor Ort bei euch am Bodensee belastet und vor große Herausforderungen stellt. Für die Sozialdemokratie muss aber eins klar sein: Wir stehen dafür, dass ein starkes Gemeinwesen die Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen sichert. Ein solches Gemeinwesen kann nur dann funktionieren, wenn die Finanzierung entsprechend der Leistungsfähigkeit jedes Mitglieds der Gesellschaft gemeinsam getragen wird. Allzu oft entziehen sich aber Vermögende und besonders einkommensstarke Teile unserer Gesellschaft ihrer Verantwortung, in dem sie Steuerflucht begehen - nicht nur in die Schweiz – und betrügen so die Gemeinschaft

um ihren finanziellen Beitrag. Dies gilt es wirksam zu verhindern und dafür braucht es ein gerechtes und schlagkräftiges Steuerabkommen zwischen beiden Ländern.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin bittet die SPD um die Unterstützung eines Abkommens, das den Durchgriff bei Steuerflucht nicht stärkt, sondern verringert. Einem solchen Vertrag kann die SPD kaum zustimmen, nicht nur weil Steuerehrlichkeit ein Wert ist, sondern vor allem weil die Einnahmen aus der Versteuerung des Schwarzgeldes in dreistelliger Milliardenhöhe dringend gebraucht werden, um unser Gemeinwesen zu finanzieren. Wir verlangen von der Bundesregierung endlich vernünftig nach zu verhandeln. Dass in der Debatte in der Tat auch von Seiten der SPD deftige und markige Worte in Richtung unseres Nachbarlandes Schweiz gefallen sind, mag ich nicht verhehlen, dies gehört zur politischen Auseinandersetzung halt dazu.

Ich hoffe aber, dass die Debatte um das Steuerabkommen euer Verhältnis in der SBI nicht allzusehr belastet und ihr durch eure Arbeit am Bodensee Brücken bauen könnt. Gelebter Internationalismus steht der SPD sehr gut zu Gesicht.“

Mit freundlichen Grüßen



Florian Pronold

Prix-Wasserfrau:

Jury will Eva Büchi würdigen

Eva Büchi aus Kreuzlingen soll am 14. September "Prix Wasserfrau" erhalten

Zur Person Eva Büchi: Autorin, promovierte Historikerin, unterrichtet seit 2003 an der Kantonschule Kreuzlingen Deutsch und Geschichte sowie im Freifach Journalismus. Sie ist dort Prorektorin seit 1. August 2006. Während ihres Studiums hat sie in verschiedenen Redaktionen von Thurgauer sowie Schweizer Zeitungen und Zeitschriften gearbeitet. Später war sie als freie Journalistin mit eigenem Pressebüro tätig.

Autorin des Buches "Vorkämpferinnen"

In diesem Buch beschreibt sie die 101jährige Geschichte der SP-Frauen in Arbon. Sie ist in jahrelanger Arbeit in diese Geschichte eingetaucht und hat eine Reihe von Frauen-Persönlichkeiten in und um Arbon portraitiert. Sie hat den Frauen ein Gesicht gegeben, indem sie deren Engagement in politischen, gesellschaftlichen und karitativen Bereichen festgehalten hat. Stichwörter sind: Kampf um das Frauenstimmrecht, für bessere Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen, Ferienversorgung für Kinder von Arbeitslosen, Organisation von Strickaktionen und Flohmärkten für Bedürftige. Dem Buch Gewicht verleiht auch das Vorwort von alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Sie würdigt darin den Einsatz der SP-Frauen von Arbon von damals und von heute und ruft sie dazu auf, das Erbe der Vorkämpferinnen zu übernehmen und den Auftrag zur Verbesserung der Stellung der Frau in unserer Gesellschaft weiterzuführen.

SPÖ-Express, 04.07.2012

"Verletzen die Beförderungstarife von Schwerbehinderten und Begleitpersonen auf dem Bodensee das Völkerrecht?"

Auf dem Schwäbischen Meer nutzen alljährlich über 500 Menschen als Rollstuhlfahrer oder Schwerstbehinderte die beiden Autofähren, die Kursschiffe der Schiffsbetriebe (BSB) oder den Katamaran zwischen Konstanz und Friedrichshafen. In nicht wenigen Fällen ist die Mitfahrt einer Begleitperson oder eines Hundes notwendig. In der laufenden Sommersaison

haben die Bodensee-Schiffsbetriebe (BSB) den Fahrgästen, also auch solchen mit einem Handicap, eine Fahrpreis-Erhöhung von 5,7 Prozent verordnet. Ebenso wie bei der Bahn, bei den Fluggesellschaften oder den Omnibusunternehmen hat man in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Umsetzung der vorgeschriebenen "Barrierefreiheit" unternommen. Es gibt besondere Aufstiegsrampen, Aufzüge, Toiletten und reservierte Plätze für behinderte Mitreisende. Handgepäck und erforderliche orthopädische Hilfsmittel werden kostenlos mitbefördert. "Alle Schiffe können von Behinderten benutzt werden, mit Ausnahme des Motorschiffes "Uhdlingen" und von drei schweizerischen Kursschiffen", erklärt Frank Gaffry von der Geschäftsleitung der BSB in Konstanz. Zu beachten sei nach längeren Regenperioden am See der Pegelstand in den einzelnen Schiffsanlegenhäfen, der die Beförderung von Rollstühlen bei einem zu hohen Pegel beeinträchtigt. So weit, so gut!

So fern zu der Barrierefreiheit auch die Fahrtkosten für die behinderte Person (und) eine Begleitperson gehören, verletzen die geltenden Regelungen nach Auffassung des Präsidiums der Bodensee-Internationale der Sozialdemokraten die seit 2008 in Kraft getretenen Vorschriften der "UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen", die mittlerweile von über hundert UN-Mitgliedern einschließlich der Europäischen Union ratifiziert worden ist. Auch das deutsche Sozialgesetzbuch schreibt im 9. Kapitel in den Paragraphen 145 und 147 "angemessene Vorkehrungen" bei der Mobilität von behinderten Personen in den öffentlichen Verkehren (zu Wasser, zu Land und in der Luft) mit einer erheblichen Entlastung bei den Ticket-Tarifen vor. Die Deutsche Bahn AG und viele europäischen Eisenbahn- und Schifffahrtsunternehmen entlasten vorwiegend im Nahverkehr sowie im Linienschiff- und Fährverkehr auf Gewässern die Rollstuhlfahrer mit dem entsprechenden Schwerbehindertenausweis sowie die erforderlichen Begleitpersonen oder Führhunde (bei blinden Fahrgästen) von Fahrtkosten. Auch auf einem kleinen Teil des Bodensees herrscht eine solche Großzügigkeit: auf den Kursschiffen zwischen Konstanz-Meersburg, Überlingen, Dingseldorf und Mainau.

Wer in der benachbarten Schweiz wohnt, kann als Behinderter oder als Begleitperson eines behinderten Fahrgastes auf dem Untersee unentgeltlich befördert werden. Einer von beiden

muss in diesem kleinen Seebereich also eine Fahrkarte ziehen. So ist es auch bei den beiden Autofähren Friedrichshafen-Romanshorn und Meersburg-Konstanz.

Auf dem Obersee herrscht hingegen weithin Unklarheit. Bei der Katamaran-Verbindung im Stundentakt werden beide Personen kostenlos befördert, sofern ein amtlicher Ausweis mit der entsprechenden Wertmarke mitgeführt wird. Ansonsten müssen ein Rollstuhlfahrer und gegebenenfalls die Begleitperson auf den Kursschiffen der Bodensee-Schiffsbetriebe zwischen Bregenz, Lindau, Friedrichshafen, Konstanz und Rorschach ein normales Ticket ohne Ermäßigungen einkaufen. "Dies entspricht nicht mehr den Vorschriften des Völkerrechts", erklären die drei Präsidenten der Bodensee-Internationale, Olga Pircher (Vorarlberg), Fredi Alder, Rorschach, und Hans-Peter Storz, SPD-Landtagsabgeordneter im Hegau/Singen) übereinstimmend. Und: "Die Verkehrskommission der IBK (Bodenseekonferenz der Regierungschefs in den Anrainerländern und -Kantonen) muss sich intensiver damit befassen!" Der Lindauer SPD-Politiker Hermann Dorf Müller, der schon einige Protestaktionen mit Rollstuhlfahrern im Hafengelände der Inselstadt mit Rollstuhlfahrern organisiert hat, wünscht sich eine größere Rücksichtnahme in der Gesellschaft für die Belange von Kindern und Erwachsenen mit Handicaps im Alltag.

Bei einer gemeinsamen Konferenz der Geschäftsleitungen der Bodensee-Schiffsbetriebe aus Deutschland, Österreich und der Schweiz im März ist vereinbart worden, ab 30. Juni bei den Kursschiffen in der laufenden Hauptsaison der Weißen Flotte eine neue Tarifregelung zu erproben. Das heißt, dass ab dem kommenden Wochenende in den Kursschiffen auf dem Obersee eine Begleitperson unentgeltlich befördert wird. "Ein kleiner Fortschritt", wie der SBI-Medienreferent Willi Bernhard im Gespräch mit Frank Gaffry von der BSB einräumte. Die Bodensee-Internationale (SBI) steht in engem Kontakt mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin und mit Expert/innen in Sachen Sozialgesetzbuch (SGB Kapitel IX). "Wer für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eintritt, muss im Sinne der neuen UN-Konvention und der nationalen Sozialhilfe-Vorschriften für Verbesserungen bei der barrierefreien Mobilität von behinderten Menschen eintreten", mahnt die Präsidentin der Bodensee-Internationale, die Vorarlberger SPÖ-Politikerin Olga

Pircher. Übrigens: Briefpost von blinden und sehbehinderten Personen -in Blindenschrift- wird von den nationalen Postgesellschaften im Vierländereck am See grundsätzlich kostenlos befördert und zugestellt.

In der Bundesrepublik Deutschland haben 7 Millionen Einwohner ein amtlich anerkanntes "Handicap". In der Schweiz: 280 000 schwerbehinderte Personen (allgemeine Behinderung bis leichtere Fälle: 800 000 Menschen), in Österreich: 350 000 Schwerbehinderte, im Fürstentum Liechtenstein: 3 200 schwerbehinderte Menschen.

Sonderabkommen der Anrainerländer in der Regio Bodensee Schweiz, Österreich, Liechtenstein und Deutschland zur Übersetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen", darin besonders die Art. 9 Zugänglichkeit zu Transportmitteln und Art. 20 Persönliche Mobilität www.auswaertiges-amt.de/Behindertenkonvention

W. Bernhard, Meckenbeuren
SBI-Medienreferat Tel. 07542/20349



SP-Grüne-Kantonsratsfraktion

Neue Mehrheiten verhindern weiteres Sparpaket

Die Fraktion SP-Grüne hat sich vergebens gegen die schlimmsten Massnahmen des Sparpakets II gewehrt. Das Ergebnis der Session ist ernüchternd: Der Kanton erspart sich seine Zukunft! Dank der neuen Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat konnten zusätzliche Massnahmen, die einen Abbau von über 200 Stellen in der Verwaltung zur Folge gehabt hätten, sowie ein weiteres Sparpaket III verhindert werden. Die Ära der SVP/FDP-Mehrheit ist definitiv zu Ende!

Das Desaster, welches der bürgerliche Kantonsrat in den vergangenen zwei Tagen angeordnet hat, wäre vermeidbar gewesen. Die SP warnte seit Jahren von den Folgen der massiven Steuergeschenke insbesondere für Reiche und Unternehmen, die Ertragsausfälle von jährlich 550 Mio. Franken bewirken. Das Loch in der Kasse ist hausgemacht und selbst verschuldet.

Massiver Abbau in der Bildung

Die beschlossenen Ausgabenkürzungen sind nicht im Gleichgewicht. Gerade in der Bildung ist der Abbau drastisch und diese Einschnitte werden nicht ohne Folgen bleiben. Die Berufsbildung und die Lehre auf der tertiären Stufe müssen einen Qualitätsabbau verkraften. Die erneute Erhöhung der Studiengebühren an Uni und Fachhochschulen gefährdet die Chancengleichheit. Für Normalverdienende wird es immer schwieriger ein Studium zu finanzieren. Kommt hinzu, dass kaum ein anderer Kanton in Bezug auf Stipendien so knauserig ist, wie St.Gallen.

Personal muss bluten

Auch das Staatspersonal muss massive Lasten tragen. Die bürgerliche Mehrheit strich den Angestellten in den nächsten drei Jahren Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen, die zusätzlichen Ferientage zahlen sie neu selber. Der Druck auf das Personal wird bereits in der Debatte um den Voranschlag 2013 weiter zunehmen. Die mangelnde Attraktivität des Arbeitgebers Kanton wird personelle Fluktuationen zur Folge haben, dabei ist der Kanton auf motivierte und gute Mitarbeitende angewiesen.

Steuererhöhung ist notwendig

Immerhin wurde der Auftrag an die Regierung, ein drittes Sparpaket zu schnüren, nicht überwiesen. Nicht ein neues Sparpaket ist die Lösung, es braucht Mehreinnahmen. Die entsprechenden Motionen der SP werden leider erst in der Septembersession beraten. Werden die Entlastungen bei den Vermögens-, Unternehmens- und Einkommenssteuern nicht mindestens teilweise rückgängig gemacht, ist eine weitere Erhöhung des Staatssteuerfusses unumgänglich. Die bisherige Verweigerungshaltung von SVP, FDP und Teilen der CVP gegenüber der von der Regierung vorgesehenen Steuererhöhung ist in hohem Masse unverantwortlich.

Widersprüchliches Parlament

Mit der einseitigen Belastung der finanzschwachen Gemeinden im Umfang von 10 Mio. Franken schafft der Kantonsrat zusätzliche Ungerechtigkeiten beim innerkantonalen Finanzausgleich. Die letzte Abstimmung zum Ausbau der Kanti Sargans setzte zudem ein fatales Zeichen: Die grössten Sparer schafften es, dass ihre regionalen Interessen bevorzugt behandelt werden sollen.

Donat Ledergerber Kantonsrats-Vizepräsident

Die Fraktion SP-Grüne freut sich ausserordentlich über die Wahl von Donat Ledergerber (Kirchberg) als Vizepräsident des Kantonsrates. Die Fraktion ist überzeugt, dass der erfahrene Toggenburger Kantonsrat dem hohen Amt mehr als Gerecht werden wird.

Die Fraktion gratuliert **Nationalrätin Hildegard Fässler** (Grabs) und **Sally Gschwend** (Uznach) zur Wahl in den Universitätsrat und **Werner Stuber** (Rorschach) zur Wiederwahl in den Rat der PHSG.

St.Gallen, 8. Juni 2012

Weitere Auskünfte:

o Peter Hartmann, Fraktionspräsident

o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Steuersenkungen, Steuerwettbewerb, Sparpaket!

Nächste Woche berät der Kantonsrat das Sparpaket 2. Während die Regierung sich Zeit bis nach den Wahlen gab, um es vorzulegen, haben Fraktionen und Parteien nun kaum Zeit, die Vorlage seriös zu prüfen. Dass die Vorbereitungszeit so kurz gehalten wird, zielt darauf ab, dass sich möglichst kein Widerstand regen kann. Die SP ruft alle Betroffenen auf, sich jetzt zu Wort zu melden.

Seit Jahren muss die Bevölkerung zusehen, wie der sinnlose Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen immer mehr angeheizt wird und ein Steuergeschenk für Reiche und Unternehmen das andere jagt. Seit Jahren warnt die SP vor den Folgen und sieht sich leider bestätigt: Das Geld fehlt in der Kasse, ausbaden müssen die Misere der Mittelstand und die Schwächsten. Das Loch in der Kasse ist hausgemacht.

Das gegenwärtige Sparpaket schlägt in seinem Ausmass und in seiner Radikalität alles bisher da gewesene. 200 Millionen, welche dem Staatshaushalt wegen den Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche jährlich entgehen, müssen jetzt von allen Bürgerinnen und Bürgern eingespart oder durch generelle Steuererhöhungen mitgetragen werden. Am schmerzlichsten zu spüren bekommen das die Familien und die Schwächsten der Gesellschaft. Für jene allerdings, die mit Steuergeschenken verwöhnt wurden, fällt das kaum ins Gewicht. Unternehmen tragen gerade mal 10 % zum Steuerein-

kommen bei; fast die Hälfte zahlt gar keine Steuern.

Besonders die Einschnitte im Bereich Bildung werden sich rächen. Den massiven Leistungsabbau wird jede Familie, jede Durchschnittsverdienerin zu spüren bekommen. Für Reiche sind auch höhere Studiengebühren zu verkraften, während der Mittelstand langsam ausblutet. Der ganze Bildungsbereich wird mittelfristig den Besserverdienenden vorbehalten bleiben. Dies ist fatal und widerspricht dem Schweizerischen Grundsatz, wonach Bildung für alle erschwinglich sein muss.

Die Schere zwischen den finanzstarken Gemeinden, die keine Finanzausgleichsbeiträge erhalten, und den finanzschwachen Gemeinden, die auf einen Ausgleich angewiesen sind, öffnet sich weiter, weil hier 10 Millionen eingespart werden sollen. Damit tragen 72 Gemeinden die Lasten ohne Beteiligung der finanzstarken Gemeinden. Das Finanzausgleichsgesetz, das die Gegensätze ausgleichen sollte, wird Makulatur!

Die SP wird sich mit aller Kraft gegen diesen Abbau stellen und Bewegungen und Proteste aus der Bevölkerung unterstützen. Der Widerstand muss jetzt auch von unten, von den Betroffenen selber, kommen.

St.Gallen, 30. Mai 2012

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Ariana Krizko, Politische Sekretärin

SP St.Gallen gratuliert Niklaus Oberholzer zur Wahl als Bundesrichter

Die SP des Kantons St.Gallen freut sich ausserordentlich über die Wahl des SP-Mannes **Niklaus Oberholzer** als Bundesrichter. Der St.Galler SP-Mann und Kantonsgerichtspräsident Niklaus Oberholzer wurde heute Morgen von der vereinigten Bundesversammlung zum Bundesrichter gewählt. Die Geschäftsleitung der kantonalen Sozialdemokratischen Partei freut sich ausserordentlich und gratuliert Niklaus Oberholzer zur ehrenvollen Wahl.

"Wir sind stolz, dass eine so fähige Person in dieses wichtige Amt gewählt worden ist", sagt Parteipräsidentin Claudia Friedl. Die Wahl des Ostschweizers zeigt einmal mehr, dass die St.Galler SP über ein breites Personalangebot und fachlich ausgezeichnete Persönlichkeiten verfügt.

St.Gallen, 13. Juni 2012

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Erfolg für die SP – Absage an die bürgerliche Sparwut

Das St.Galler Stimmvolk hat die unsozialen Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen wuchtig abgelehnt. Sparen auf dem Buckel der Schwächsten ist für die grosse Mehrheit nicht vertretbar. Das Resultat ist ein klares Zeichen gegen die Sparwut und eine herbe Schlappe für SVP, FDP und Teile der CVP.

Mit 61.3 Prozent ist das Nein zum VI. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz klar ausgefallen. Die SP freut sich sehr über das Abstimmungsresultat und sieht sich in ihrer kritischen Haltung gegenüber den beschlossenen Sparpaketen bestärkt.

Im Rahmen des Sparpakets hatte der Kantonsrat beschlossen, die Renten von tausenden von Behinderten, alten und pflegebedürftigen Personen zu kürzen. Ausgerechnet den Schwächsten, die sich nicht wehren können, sollte eine Einkommenskürzung von 12.5 Prozent zugemutet werden. Doch der Sparwut wurde an diesem Sonntag ein Riegel geschoben. Einer grossen Mehrheit der St.Galler Bevölkerung ging diese Massnahme zu weit und sie realisieren: Warum sollen die normalen Bürgerinnen und Bürger bluten, nur weil der Kanton die Steuern zum Vorteil der Gutgestellten und Vermögenden übermässig gesenkt hat?

Statt Abbau braucht es Mehreinnahmen

Die Botschaft ist unmissverständlich: „Das Volk will keine unsozialen Sparbeschlüsse auf dem Buckel von behinderten und alten Personen“, sagt Parteipräsidentin Claudia Friedl. Es darf keine weiteren solcher Sparübungen mehr geben. Damit die kantonalen Finanzen ins Lot kommen, fordert die SP, dass die gemachten Entlastungen bei den Vermögens-, Unternehmens- und Einkommenssteuern mindestens teilweise rückgängig gemacht werden. Die entsprechenden Motionen der SP werden in der Sptembersession des Kantonsrates beraten.

Die SP hat an diesem Abstimmungs-sonntag auf der ganzen Linie gewonnen

Auch die Ergebnisse der nationalen Abstimmungsvorlagen sind ganz im Sinne der St.Galler SP. Leider fand die städtische Volksinitiative der JUSO "Gratis-ÖV für unter 25-Jährige"

keine Mehrheit. Ihr Anliegen ist wohl der Zeit voraus.

St.Gallen, 17. Juni 2012

Weitere Auskünfte:

o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Lohnreduktion beim Staatspersonal wird verheerende Folgen haben

Auf Druck der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat will die Regierung die Löhne des Staatspersonals um 1.5 Prozent kürzen. Die SP wird diesen Entschluss nicht mittragen, denn das Personal musste bereits mehrere Sparanstrengungen über sich ergehen lassen – Jetzt ist es genug! Der sich abzeichnende Brain Drain wird verheerende Folgen für den Kanton haben.

„Mit einer Lohnreduktion wird die Solidarität des Staatspersonals massiv überbeansprucht“, so SP-Fraktionspräsident Peter Hartmann. Bereits beim letzten Sparpaket wie auch beim Voranschlag 2012 musste das Personal wesentliche Sparbeiträge leisten und die Folgen der verfehlten Steuerpolitik der letzten Jahre mittragen.

Auch Parteipräsidentin Claudia Friedl gehen die weiteren Sparmassnahmen beim Personal zu weit: „Wenn der Staat die Löhne beim Personal kürzt, ist das ein fatales und falsches Zeichen für eine ansonsten gut laufende Wirtschaft.“

Brain Drain mit verheerenden Folgen

Zwar will die Regierung am neuen Personalrecht festhalten, doch tut sie dies nur dort, wo Verschlechterungen geplant sind. Verbesserungen werden gestrichen oder das Personal muss zusätzliche Ferientage selber bezahlen. Der Kanton als Arbeitgeber wird zunehmend unattraktiv. Schon heute zahlt der Kanton im schweizweiten Vergleich keine hohen Löhne. Die immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen werden einen Brain Drain mit verheerenden Folgen für den Kanton auslösen.

St.Gallen, 17. Juni 2012

Weitere Auskünfte:

o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
o Peter Hartmann, Fraktionspräsident
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

SP Kanton Thurgau

Offener Brief

Herrn

Regierungsrat Dr. J. Stark

Baudepartement

8510 Frauenfeld

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Dr. Stark
Lieber Köbi

Seit Wochen wird in Weinfelden der Ost-West-Verkehr am Bahnhof vorbei mitten durch Weinfelden hindurchgeführt. An der Dufourstrasse wird gebaut. Kolonnen, Lärm und Gestank für die Weinfelderinnen und Weinfelder.

Vergangene Woche wurde ich in Kreuzlingen mitten durch die Stadt „geführt“. Die Hafenstrasse am Hafenbahnhof vorbei war gänzlich gesperrt. Durch ganz Kreuzlingen staute sich der Verkehr. Eine unmögliche Situation für die Bevölkerung der Grenzstadt.

In der kommenden Woche soll in Amriswil mit dem Bau des Kreisels bei der Alleestrasse begonnen werden. Die Hauptdurchgangsstrasse wird für 4 Monate einseitig gesperrt. Die Folgen sind voraussehbar. Stau, Lärm und Gestank in Wohnquartieren verursacht durch „Umleitungen“.

Sind das koordinierte Aktionen, um den Thurgauerinnen und Thurgauern die negativen Auswirkungen des Autoverkehrs aufzuzeigen? Muss mit solchen Baustellen die Bevölkerung „mürbe gemacht“ werden? Sollen damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für den Bau von Schnellstrassen durchs Thurtal und über den Seerücken gewonnen werden, egal was es kostet?

Für mich ist dies eine böse Abstimmungskampagne, die demokratische Gepflogenheiten missachtet. Ein Regierungsrat, der immer wieder behauptet, er suche optimale Lösungen zum Wohl der Menschen in diesem Kanton, verliert so seine Glaubwürdigkeit.

Stoppen Sie, sehr geehrter Herr Regierungsrat Stark, lieber Köbi, diese „Abstimmungspropaganda“ der Baustellen. Die betroffenen Menschen würden es Ihnen danken.

Mit freundlichen Grüssen

Peter Gubser

Peter Gubser

Sonnenhügelstrasse 71

9320 Arbon



Nein zu Fracking am Bodensee

Ist Landesregierung bereits aktiv?

Ein Britisches Unternehmen intensiviert laut Medienberichten seine Anstrengungen, am deutschen Bodenseegebiet mittels „Fracking“ Erdgas fördern zu dürfen. Die Vorarlberger Landesregierung hat sich im Zuge eines Antrags der SPÖ Anfang des Jahres dazu verpflichtet, bei der Regierung Baden-Württembergs auf ein Verbot dieser gefährlichen Methode zur Gewinnung von Erdgas hinzuwirken. SPÖ-Geschäftsführer Reinhold Einwallner möchte nun wissen, welche konkreten Schritte das Land schon gesetzt hat. Er drängt auf rasches Handeln: „Bei Umweltlandesrat Schwärzler sollten alle Alarmglocken schrillen. Wie weit sind seine Bemühungen bereits gegangen? Seit der Beschlussfassung des Antrages hat man noch nichts über Aktionen von Seiten des Landes gehört.“

Landesrat soll Turbogang einlegen
Einwallner sieht im Fracking ein nicht kalkulierbares Risiko für Mensch und Natur: „Der Bodensee ist ein einzigartiges Ökosystem. Jeder Eingriff kann hier fatale Folgen haben. Die Energiekonzerne stehen schon Gewehr bei Fuß. Sie riechen große Gewinne und betreiben starkes Lobbying für Bohrungen. Landesrat Schwärzler muss jetzt den Turbogang einlegen und rasch handeln.“

SPÖ-Express, 20.06.2012

Artikel: [Wissenswertes zu Fracking](#)

SPÖ möchte Zwangsarbeiter-Vergangenheit bei Illwerke-Kraftwerksbau weiter aufarbeiten

Arbeit von Zwangsarbeitern muss mehr gewürdigt werden

Dass auch die Vorarlberger Illwerke mit dem Thema „Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene“ zu tun haben, sollten das Land Vorarlberg und insbesondere die Vorarlberger Illwerke mehr in die Öffentlichkeit tragen. Denn beim Bau der Kraftwerksanlagen der Vorarlberger Ill-

werke waren seinerzeit zahlreiche Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene beteiligt, deren Arbeit bis heute noch besser gewürdigt werden könnte.

„Ein an alle Fraktionen des Landtages gerichtetes Schreiben eines in Salzburg wohnhaften gebürtigen Montafoners, in welchem auf die fehlende Aufarbeitung der Geschichte der Vorarlberger Illwerke während der Zeit des Dritten Reichs hingewiesen wird, hat mich dazu veranlasst, erneut eine Würdigung im Sinne einer parlamentarischen Behandlung herbeizuführen“, erklärt SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch. Um eine Aufarbeitung dieses sensiblen Themas zu ermöglichen, möchte die SPÖ deshalb eine Diskussion im Rahmen des Kultur- und Bildungsausschusses am 27. Juni 2012 ermöglichen, zu der auch Vorstandsvorsitzender der Illwerke Dr. Ludwig Summer eingeladen werden soll.

SPÖ-Express, 20.06.2012

Der jahrelang falsche Weg in der Schlaganfallversorgung

Jubelmeldungen sind fehl am Platz

„Jahrelang hat der damalige Gesundheitslandesrat und jetzige Landeshauptmann Wallner die Forderung der Sozialdemokraten - damals erhoben von Elke Sader - nach Einrichtung einer STROKE UNIT nach internationalen Kriterien abgelehnt und auf ein ‚Vorarlberger Modell‘ gesetzt. Das Umdenken und die geplanten personellen Investitionen haben einen handfesten traurigen Hintergrund. So belegen Zahlen, dass die Sterblichkeit im LKH Feldkirch für Schlaganfallpatienten doppelt so hoch war wie im österreichischen Durchschnitt“, reagiert SPÖ-Gesundheitssprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger auf die jüngsten Jubelmeldungen.

Der neue Gesundheitslandesrat Bernhard habe offenbar schnell von Wallner gelernt. Was nämlich in Wirklichkeit ein auf dem Rücken der Patienten ausgetragenes Experiment mit schlechtem Ausgang war, wird jetzt als Erfolgsgeschichte der ÖVP-Gesundheitspolitik verkauft. Das „Vorarlberger Modell“ der Schlaganfallversorgung entsprach nämlich in keinsten Weise den österreichischen und internationalen Standards.

Vielleicht sollte der jetzige Landeshauptmann auch dazu Stellung nehmen, mit welcher Be-

gründung er noch 2011 im Vorarlberger Landtag den „Vorarlberger Weg der Schlaganfallversorgung“ gelobt hat. „Bereits im Jahr 2011 müssen Wallner die Ergebnisse der Schlaganfallsterblichkeit aus dem LKH Feldkirch bekannt gewesen sein. Jedenfalls hat der neue Gesundheitslandesrat Bernhard Transparenz versprochen. Dann soll er jetzt die Zahlen nennen, die diesem Beschluss zugrunde liegen“, schließt die SPÖ-Gesundheitssprecherin.

SPÖ-Express, 27.06.2012

SPÖ ortet weiteren Verbesserungsbedarf bei Kindergartenschließtagen

**Mirjam Jäger-Fischer richtet Anfrage an
Landesrat Siegmund Stemer**

Die jüngste Statistik bzgl. Schließtage in den Kindergärten offenbart, dass Vorarlberg auf dem falschen Weg ist. Die Vorarlberger Kindergärten blieben im vergangenen Jahr im Schnitt 38,5 Tage geschlossen, verzeichnen somit einen unerfreulichen Anstieg bei den Schließtagen. Und dies, obwohl der nötige Ausbau der Kinderbetreuung dringend gefordert wird.

Für SPÖ-Familiensprecherin Mirjam Jäger-Fischer ist auch die Tatsache, dass Landesrat Siegi Stemer nur unzureichende Informationen bzgl. Öffnungszeiten und Tarifen in den Kinderbetreuungseinrichtungen geben kann, sehr ernüchternd: „Ich hätte mir von Landsrat Stemer erwartet, dass er uns detaillierte Auskünfte bzgl. Kosten und Öffnungszeiten in den Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtung geben kann. Dies war im vergangenen Ausschuss jedoch nicht der Fall.

Aus diesem Grund richtet die SPÖ-Abgeordnete neuerlich eine Anfrage an Landesrat Stemer, die genaue Informationen bzgl. Tarife und Öffnungszeiten in den Vorarlberger Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtung liefern soll.

SPÖ-Express, 04.07.2012

**SPD Kreis BC
MdB Martin Gerster**

**Martin Gerster springt
kurzfristig im Kanzleramt ein**

Berlin (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** wird bei den am morgigen Donnerstag stattfindenden Gesprächen der Bund/Länder-Arbeitsgruppe zur Energetischen Gebäudesanierung mit am Verhandlungstisch sitzen. Der 40-jährige Parlamentarier war von Seiten seiner Fraktion kurzfristig für diese Aufgabe benannt worden.

Bei dem Treffen im Bundeskanzleramt, das von Kanzleramtschef Ronald Pofalla geleitet wird, sollen zwischen Bund, Ländern und Kommunen offene Fragen zur steuerlichen Absetzbarkeit entsprechender Umbaumaßnahmen geklärt werden.

Anfang des Monats waren Bund und Länder übereingekommen, die Förderung für energetische Gebäudesanierung auf eine Milliarde Euro zurückzufahren und aus Bundesmitteln zusätzliche 300 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, um öffentliche Gebäude energieeffizient zu sanieren.

„Energetische Gebäudesanierung ist ein Zukunftsthema, das auch die Interessen vieler Handwerksbetriebe vor Ort berührt“, so **Gerster**. „Umso mehr freue ich mich, die Positionen meiner Fraktion bei dieser Runde im Kanzleramt mit einbringen zu können.“

20.6.2012

Büro Berlin, Martin Gerster, MdB

Bundestagswahl 2013

Klares SPD-Votum für Martin Gerster

BIBERACH - **Martin Gerster** geht bei der nächsten Bundestagswahl wieder für die SPD im Wahlkreis Biberach ins Rennen. Der 40-jährige Biberacher erhielt bei der Nominierungskonferenz am Samstagabend in Biberach 28 von 29 Delegiertenstimmen. Gerster freute sich über das klare Votum: „Ich werte das als Anerkennung für meine bisherige Arbeit und Rückenwind für die nächste Wahl.“

In seiner halbstündigen Rede zog Gerster eine Bilanz seiner bisherigen Arbeit im Deutschen Bundestag. In den vergangenen sieben Jahren seiner Abgeordnetentätigkeit habe er hunderte von Bürgeranliegen aus dem Wahlkreis bearbeitet, in über 50 Bürgersprechstunden und bei tausenden von Hausbesuchen in allen 49 Gemeinden des Wahlkreises stets besonderen Wert darauf gelegt, sich der Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort anzunehmen. Darüber

hinaus habe er hunderte Schulklassen und Besuchergruppen in Berlin persönlich begrüßt und versucht, Politik verständlich zu machen. Diese bürgernahe, serviceorientierte Politik wolle er fortsetzen.

Ziel seiner erneuten Bewerbung sei der Wiedereinzug in den Bundestag. Für ihn sei wichtig, dass Oberschwaben und das Allgäu nicht ausschließlich von der CDU in den Parlamenten vertreten würden. Demokratie lebe vom Wettbewerb der Ideen, nicht vom Alleinvertragsanspruch einer Partei. Die Politik dürfe bei allen Entscheidungen das Soziale nicht aus den Augen verlieren. In Richtung Stuttgart und grün-rote Landesregierung werde er als Brückenkopf für viele Anliegen gebraucht. Auch deshalb habe er sich gegen eine Bewerbung um die Nachfolge von Biberachs scheidendem Oberbürgermeister Thomas Fettback und für eine erneute Bundestagskandidatur entschieden.

Gerster warb für ein Festhalten am Euro, forderte mit Nachdruck die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Freigabe von nachhaltigen Wachstumsprogrammen zugunsten der Menschen in kriselnden EU-Staaten. Leiharbeit müsse dringend eingeschränkt werden, ein gesetzlicher Mindestlohn sei überallig. Das von der CSU geforderte Betreuungsgeld lehne er ab. Die dafür notwendigen Milliardenbeträge benötige man für Pflege, Gesundheit und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

„Es gibt sicher wieder eine gute Chance über die Landesliste in den Bundestag zu kommen“, so Gerster. Er wolle aber in Biberach eigentlich irgendwann für eine bundesweit beachtete Sensation sorgen und das Direktmandat im Wahlkreis Biberach für die SPD erobern. Bei der letzten Wahl 2009 habe er in der Stadt Biberach bereits mehr Erststimmen als der CDU-Bewerber geholt, außerdem den Abstand im Wahlkreis von 32 auf 19 Prozentpunkte verkürzt. Bei guter Stimmungslage für die SPD insgesamt könne er dem CDU-Bewerber weiter auf die Pelle rücken. Er hoffe deshalb auf die volle Unterstützung der SPD-Anhängerschaft im Wahlkreis Biberach, der neben dem Kreis Biberach die Gemeinden Bad Wurzach, Kisslegg, Aitrach und Aichstetten im Kreis Ravensburg umfasst.

Biberach, den 1. Juli 2012

**Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

SPD Kreis Konstanz MdL Hans-Peter Storz

B33:

Gute und schlechte Nachricht zugleich

Mit dem nächsten Bauabschnitt der B33 kann nach Vorstellungen des Landes frühestens ab 2015 begonnen werden. Der Weiterbau zwischen Allensbach und Reichenau/Waldsiedlung wurde auf der Vorschlagsliste des baden-württembergischen Verkehrsministeriums in die „Stufe 2 eingruppiert. Hans-Peter Storz ist mit der Einstufung nur teilweise zufrieden.

„Die B 33 gehört zu den wichtigsten Baumaßnahmen in Baden-Württemberg, dies geht aus einer objektiven Bewertung hervor. Das ist der gute Teil der Nachricht für unsere Region. Leider bietet diese Einstufung noch keine Gewähr dafür, dass die laufenden Bauarbeiten ohne Unterbrechung fortschreiten können. Das ist der schlechte Teil der Nachricht.“

Zuständig für den Bau von Bundesfernstraßen wie der B 33 ist der Bund, der dafür jedoch zu wenig Geld zur Verfügung stellt. Für den Neubau stehen derzeit 220 Millionen Euro zur Verfügung, aber um sämtliche begonnenen Arbeiten abzuschließen, würden über 900 Millionen Euro benötigt. „Deswegen können nicht alle baureifen Straßen in Baden-Württemberg so schnell gebaut werden, wie es notwendig wäre. Ich appelliere daher an die Bundestagsabgeordneten der Region, sich in Berlin für eine Aufstockung der Straßenbaumittel einzusetzen.“ So könnte eine Unterbrechung der Bauarbeiten vermieden werden.

Storz begrüßte dennoch die Vorgehensweise der Landesregierung. Die Priorisierungsliste der schafft im Straßenbau „Klarheit und Transparenz“, weil sie aufgrund von klar festgelegten, nachvollziehbaren Kriterien erstellt worden sei. Damit unterscheide sich die grün-roten Landesregierung wohltuend von ihrer Vorgängerin. Diese habe im Straßenbau jahrzehntelang unhaltbare Versprechungen abgegeben und „solide Planung mit unseriösen Wunschlisten verwechselt.“

18.06.2012

Büro Hans-Peter Storz, MdL

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Verbleib ehemaliger Schlecker-Mitarbeiterinnen soll geklärt werden

Gespräch zwischen Hilde Mattheis und dem Leiter der Ulmer Arbeitsagentur

ULM, 29.5.2012 - Die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** hatte sich vergangene Woche bei der Bundesagentur für Arbeit nach dem Verbleib der ehemaligen Schlecker-Beschäftigten erkundigt und dazu keine befriedigende Antwort erhalten (siehe Pressemitteilung vom 24.5.2012). Kurzfristig kam nun ein Gespräch zwischen Herrn Peter Rasmussen, Leiter der Ulmer Arbeitsagentur, und **Hilde Mattheis** zustande. Die Abgeordnete hatte nachgefragt, ob die ehemaligen Schlecker-Mitarbeiterinnen mit ihrer Berufserfahrung in reguläre Beschäftigung vermittelt werden oder trotz ihrer Qualifikation nur Minijobs angeboten bekommen.

Für den Ulmer Agenturbezirk legte Herr Rasmussen die gewünschten Informationen zum Verbleib der ehemaligen Schlecker-Beschäftigten während des Gespräches mit **Hilde Mattheis** direkt vor. Zudem sicherte der Agenturleiter der Abgeordneten zu, dass er bei der Bundesagentur nachfragen werde, ob die entsprechenden Daten auch für das Bundesgebiet zur Verfügung gestellt werden können. **Hilde Mattheis** dankte Herrn Rasmussen für das konstruktive Gespräch. „Ich bin Herrn Rasmussen dankbar, dass er die notwendigen Daten in Erfahrung bringen will“, so **Hilde Mattheis** nach dem Gespräch.

Im Ulmer Agenturbezirk hatten sich nach den Entlassungen Ende März insgesamt 78 ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Drogeriemarktkette arbeitslos gemeldet. Davon konnten sich mittlerweile 14 Personen wieder in Arbeit abmelden. Weitere 17 befanden sich bereits in Altersteilzeit. 12 ehemalige Schleckermitarbeiterinnen und -mitarbeiter durchlaufen derzeit eine Weiterbildung, u. a. zum Erwerb eines Berufsabschlusses.

Bei allen Abgängen in Arbeit handelt es sich um Arbeitsaufnahmen über 15 Wochenstunden.

Ulm, 29. Mai 2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Zerschlagung von Schlecker ist eine Katastrophe für die Beschäftigten

Hilde Mattheis unterstützt ver.di-Forderung nach Insolvenzgeld für zwei Monate

Zur beschlossenen Schlecker-Abwicklung sagte die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** heute: „Die Zerschlagung von Schlecker ist eine Katastrophe. Mit der heute vereinbarten Abwicklung des Konzerns werden weitere 13.200 MitarbeiterInnen in den nächsten Wochen arbeitslos. Sie haben in den vergangenen Monaten alles getan, um eine Rettung des Konzerns noch möglich zu machen. Das ist trotz harter Einschnitte und einer beeindruckenden Solidarität unter den Beschäftigten leider nicht gelungen.“

„Ich schließe mich der Forderung von ver.di an, noch zwei Monate Insolvenzgeld an die Beschäftigten zu zahlen, um alle Möglichkeiten einer Unterstützung auszuloten“, erklärte **Mattheis** in Ulm.

Jetzt sei die Bundesregierung und allen voran Ursula von der Leyen gefragt. Denn es reiche jetzt nicht mehr, dass sich die Arbeitsministerin in Sonntagsreden an die Seite der Beschäftigten stelle und am nächsten Tag von konkreter Unterstützung nichts mehr wissen wolle.

Die Bundesregierung sei jetzt in der Pflicht, alles für die Schlecker-Beschäftigten zu tun. Nachdem Schwarz-Gelb erst im Bund und dann in den Ländern eine Transfergesellschaft verhindert habe, müssten jetzt unbedingt die Vermittlung und die Weiterqualifikationsangebote für die Beschäftigten intensiviert werden. Dass das dringend nötig ist, zeige nicht zuletzt die Antwort auf die Frage von **Hilde Mattheis** an die Bundesagentur vom 21. Mai 2012. Danach hat die Bundesagentur keinen Überblick über den Stand der Vermittlung der bereits gekündigten Schlecker-Beschäftigten.

Mattheis erklärte abschließend: „Meine Solidarität gilt weiterhin den vielen Beschäftigten,

die einiges mitgemacht haben in den letzten Monaten. Sie sind gut qualifiziert und motiviert und erwarten jetzt zu Recht die Unterstützung durch die Bundesregierung.“

Ulm, 1. Juni 2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

SPD fordert:

Betriebsbedingte Kündigungen bei Iveco vermeiden

Iveco-Betriebsräte treffen SPD-Fraktion in Berlin

Der geplante Stellenabbau beim LKW-Hersteller Iveco beschäftigt auch das politische Berlin. Auf Anregung der Ulmer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis traf sie sich gemeinsam mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil und der Offenburger Bundestagsabgeordneten Elvira Drobinski-Weiß mit Vertretern des Iveco-Betriebsrats in Berlin.

Im Gespräch mit dem Betriebsrat war man sich einig, dass betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden müssen. „Wer sein Berufsleben lang für Iveco gearbeitet hat, darf jetzt nicht mit über 50 Jahren in der Arbeitslosigkeit landen,“ fordert Hilde Mattheis.

Der stellvertretende Ulmer Betriebsratsvorsitzende Wilfried Schmid stellte verschiedene Möglichkeiten dar, wie betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden könnten. Denkbar wären neben Altersteilzeitregelungen auch andere unternehmensinterne Lösungen. Bis zum 24. September lässt sich dies jedoch nicht umsetzen. „Wir benötigen mehr Zeit. Deshalb muss Iveco den Stellenabbau zeitlich bis zumindest bis Jahresende strecken,“ so der stellvertretende Ulmer Betriebsratsvorsitzende Wilfried Schmid im Gespräch mit der SPD-Fraktion. Um diese Forderung zu unterstützen, wird sich die SPD-Fraktionsspitze nun direkt an den Iveco-Vorstand in Italien wenden.

Berlin, den 27. Juni 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Fortsetzung von S. 17

OV Bermatingen:

Übergabe Bank am Oberwald

Donnerstag, 05.07.2012, 18:00 Uhr -18:30 Uhr.

Ort: Bermatingen, Oberwald

6. "Brunnenfest"

Sonntag, 08.07.2012,

10:00 Uhr -16:00 Uhr

Ort: Bermatingen, an der Schule

Ortsvereinsitzung

Montag, 16.07.2012,

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

OV Friedrichshafen:

Vorstandssitzung SPD-OV FN

Dienstag, 17.07.2012,

19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Hotel Traube Waggershausen

SPD-Stammtisch

Donnerstag, 26.07.2012,

19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Zeppelin Dorfkrug, 88045 FN,
König-Wilhelm-Platz 2

OV Markdorf:

Sommerfest der SPD Markdorf

Samstag, 07.07.2012

13:00 Uhr - 18:00 Uhr

Ort: Turnerhütte

OV Meersburg:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 26.07.2012

20:00 Uhr

Guttschänke, Meersburg

OV Überlingen:

Dienstag, 24.07.2012

parteiöffentliche Vorstands- und Fraktionssitzung

Themen:

werden noch bekannt gegeben

Zeit: 20:00

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone,

Ausweichmöglichkeit Pizzeria Capri am
Landungsplatz

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreisverband Lindau

Einladung

**Immer mehr Kommunen sind in Finanznot,
eine Reform der Gemeindefinanzen ist längst überfällig!**

**Zu diesem Thema spricht:
Der Lindauer Oberbürgermeister
Dr. Gerhard Ecker**



**Dr. Gerhard Ecker war jahrelang Kämmerer der Stadt Augsburg,
der ideale Experte zu diesem Thema.**

**am Donnerstag, 12. Juli, um 20 Uhr
im Paul-Bäck-Haus
in Heimenkirch**

Nutzt die Gelegenheit, und lernt unseren neu gewählten und bis 2014 einzigen
SPD-(Ober)bürgermeister im Ub Allgäu-Bodensee kennen.

Sie sind herzlich eingeladen!
SPD-Kreisverband Lindau

V. i. S. d. P. Leo Wiedemann

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

und

E-Mail: rotersee@kabelbw.de

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Jochen Wiemken:

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

Krauch, Elisa (StM) B-W:

Evelyne Gebhardt, MdEP:

Europa Aktuell:

Büro Peter Simon, MdEP:

Roman Götzmann:

PRESSESTELLE DER

LANDESREGIERUNG B-W:

Adnan Sabah:

Kathrin Altpeter, MdL, Ministerin:

Irene Demuth:

Dietram Hoffmann:

MARTIN BAUR:

Josef Büchelmeier:

Alexander Geisler, M.A.:

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Martin Gerster, MdB:

Florian Pronold:

SPÖ-Express:

Claudia Friedl, Parteipräsidentin:

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

Ariana Krizko, Politische Sekretärin:

Peter Gubser:

Büro H.-P. Storz, MdL:

Leo Wiedemann:

SPD Presseservice:

newsdesk@spd.de

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Elisa.Krauch@stm.bwl.de

EGebhardt.MdEP@t-online.de

peter.simon@europarl.europa.eu

Roman.Goetzmann@stm.bwl.de

ASabah1@web.de

poststelle@sm.bwl.de

id-demuth@t-online.de

dietram.hoffmann@googlemail.com

martin.baur@suedkurier.de

ibm.fn@t-online.de

Alex.Geisler@gmx.de

Wolf99maci@aol.com

pressemaci@aol.com

martin.gerster@bundestag.de

florian.pronold@bundestag.de

laendle@spoe.at

www.spoe.at

claudia.friedl@bluewin.ch

sulzer@sp-sg.ch

krizko@sp-sg.ch

petergubser.arbon@bluewin.ch

info@hans-peter-storz.de

leo.wiedemann@t-online.de

pressestelle@spd.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

rotersee@kabelbw.de